Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolfing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.—, ins Haus gebracht einschl 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 360 | Donnerstag, den 29. Dezember 1932 | Jahrgang 1932

Die Notverordnung über den Butterbeimischungszwang

Ausdehnung des Maismonopols.

:: **Berlin**, 28. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt worden, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine in Ergänzung des schon seit dem 1. Januar 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzuordnen.

Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl, Pflanzenfetten und gehärtetem Tran zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang von inländischen Oelsaaten in den Oelmühlen anzuordnen.

Schließlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die Reklame für Margarine und Kunstspeisefett betreffen und Mißbräuchen auf diesem Gebiet entgegenwirken sollen.

Diese Maßnahmen sollen den bäuerlichen Wirtschaften helfen, die auf das schwerste unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefstand der Preise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden. Der Erlös aus diesen Betriebszweigen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahre mit nur noch 4,3 Milliarden RM. um 2,1 Milliarden RM. unter dem Erlös im Wirtschaftsjahre 1928/29. Das Schicksal der bäuerlichen Veredelungswirtschaft ist besonders bedeutungsvoll auch deshalb, weil von ihr das Gedeihen des gesamtwirtschaftlich unentbehrlichen Siedlungswerkes abhängt.

Die jetzt vorgesehene Regelung der Fettwirtschaft stellt eine Ergänzung der Kontingentierung der Einfuhr von Butter und Schmalz dar. Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zugunsten der einheimischen tierischen Fette einschließlich Butter zurückdrängen. Die Margarineindustrie verarbeitet heute zu etwa 97—98 v. H. Rohstoffe ausländischer Herkunft, und zwar vor allem pflanzliche Oele und Tran. Ursprünglich war Rindertalg der Grundstoff der Margarine. Noch im Jahre 1930 betrug der Anteil der tierischen Fette (Talg, Schmalz) etwas mehr als die Hälfte. Der Buttermarkt soll durch Verarbeitung gewisser Mengen bei der Margarineherstellung entlastet werden. Im Verhältnis zur Gesamtmargarineerzeugung sind die für die Beimischung in Frage kommenden Buttermengen gering, sodaß die Butterbeimischung keinen Einfluß auf den Margarinepreis, soweit es sich um Margarine für den Verbrauch der breiten Massen handelt, haben wird.

Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, die mit der Verordnung angestrebten Ziele im Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Margarine- und Oelmühlenindustrie zu erreichen, sodaß die Ermächtigung zur gesetzlichen Regelung gar nicht Anwendung zu finden braucht.

Durch die gleiche Verordnung des Reichspräsidenten wird das Maismonopol auf andere Getreidearten als die in Nr. 1—7 des Zolltarifs besonders genannten, sowie auf Reis, Reisabfälle von Stärkeerzeugnis aus Reis usw. ausgedehnt.

Der Zweck des Mais-Monopols war es, eine übermäßige Einfuhr ausländischer Futtermittel im Interesse der Verwertung deutscher Futtermittel fernzuhalten. Die Lösung dieser Aufgabe wurde durch eine steigende Einfuhr von Reis und Reisabfällen mehr und mehr gefährdet.

Im Hinblick auf die große inländische Ernte an Kartoffeln, Hafer, sonstigen Futtergetreiden und Futtermitteln, die die Futterversorgung der inländischen Viehhaltung zu angemessenen Preisen ermöglichen und angesichts ihrer Bedeutung für den gesamten Getreidemarkt war deshalb zur Sicherung des Absatzes und der Verwertung dieser inländischen Erzeugnisse auf dem Futtermittelmarkt, die Einbeziehung von Reis und Reisabfällen in das Mais-Monopol unerläßlich. Die Preise für Speisereis sollen durch diese Regelung nicht beeinflußt werden.

*

Die Haltbarkeit der Margarine bei Butterbeimischung.

:: **Berlin**, 28. Dezember.

Der „Vorwärts" hatte gemeldet, daß die Margarine eine Unschlagsdauer von 60 Tagen habe, während die meist verwendete Bauernbutter nur 12 Tage haltbar sei. Es sei demnach zu befürchten, daß bei der Beimischung von Butter zur Margarine auch die Margarine in 12 Tagen ranzig werden würde. Von zuständiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß die Haltbarkeit einer Margarine, deren Umschlagsdauer 60 Tage beträgt, nur durch Beimischung von Benzoe-Säure erreicht werde. Wenn diese Beimischung zur Margarine nicht erfolge, würde auch diese nach einigen Tagen ranzig werden. Nachdem nunmehr der Beimischungszwang von Butter zur Margarine eingeführt worden sei, werde auch der mit Butter vermischten Margarine Benzoe-Säure beigemischt werden und dadurch dieselbe Haltbarkeit wie bei der nicht mit Butter vermischten Margarine erzielt werden.

*

Die hohen Monopolzuschläge für Reis und Reisabfälle.

:: **Berlin**, 28. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat in seiner Sitzung vom 29. Dezember infolge der durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1932 vorgesehenen Einbeziehung von sogenannten anderen Getreidearten der Zolltarifnummer 8 und von Reis der Tarifnummern 10 und 163 (auch soweit sie als verschrotet zu Nr. 165 des Zolltarifes gehören), sowie von Reisabfällen aus der Nr. 192 und von Reisrückständen usw. der Tarifnummer 194 für die Zeit vom 27. Dezember 1932 ab bis zum 10. Februar 1933 einschließlich folgende Regelung getroffen:

Die genannten Warenarten erhalten, soweit sie aus dem Auslande eingeführt werden, zu dem Tagesauslandspreis (verzollt) folgende Monopolzuschläge:

Waren der Tarifnummer 8 85 RM. je Tonne, Waren der Tarifnummer 10 (soweit sie zurzeit mit 2,50 RM. je dz zollpflichtig sind), 85 RM. je Tonne.

Waren der Tarifnummer 192 (soweit sie in Absatz 1 angeführt sind) 110 RM. je Tonne.

Waren der Tarifnummer 194 (soweit sie in Absatz 1 angeführt sind), 70 RM. je Tonne,

ferner für Waren der Zolltarifnummer 10, soweit sie unter Zollsicherung abgelassen werden, 1 RM. je Tonne,

für Waren der Zolltarifnummer 163 1 RM. je Tonne.

Die beiden letztgenannten Zuschläge von je 1 RM. für die Tonne beziehen sich auf Speisereis und Reis zur Herstellung von Reisstärke. Sie zeigen ohne weiteres, daß sie wirtschaftlich nicht einen wirklichen Monopolzuschlag, sondern nur eine Anschreibegebühr darstellen. Das entspricht der Zusage der Reichsregierung, diese Waren durch das Monopol nicht zu verteuern.

Die Festsetzung der Monopolverkaufspreise für die im Inlande gewonnenen Reisabfälle und Rückstände der Tarifnummer 194 soll späterer Regelung vorbehalten bleiben.

Die Geltungsdauer der Monopolverkaufspreise der Reichsmaisstelle für Mais und Dari ist über den 12. Januar 1922 hinaus bis zum 10. Februar 1933 einschließlich verlängert worden.

*

Die Notlage der Milchbauern in Oberbayern.

:: **Holzkirchen**, 28. Dezember.

Unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten der Kreisbauernkammer von Oberbayern fand hier eine vom Südbayerischen Milcherzeugerverband einberufene Milchbauernversammlung statt, der die Vertreter von etwa 20 000 Bauern beiwohnten. Der Vorsitzende des Südbayerischen Milcherzeugerverbandes forderte, daß für Margarineerzeugung keine Erleichterungsvorschriften Platz griffen, nachdem der Landwirtschaft durch das Reichsmilchgesetz schwerste Auflagen gemacht worden seien. Weiter verlangte der Redner die Einführung eines Deklarationszwanges für die Zusammensetzung der Margarine. In der Versammlung kam einmütig zum Ausdruck, daß infolge der furchtbaren Not sogar teilweise das Brot in den Häusern der reine Viehwirtschaft treibenden Bauern fehle, und eine Südhilfe ebenso notwendig sei wie die Osthilfe. An den Reichskanzler wurde ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt, die Milchbauern des gesamten bayerischen Oberlandes verlangen Maßnahmen, die zur Hebung der Milch- und Viehwirtschaft beitrügen und verhüteten, daß Tausende Milch- und Viehwirtschaft treibende Bauern in der allernächsten Zeit ihr Anwesen verlören.

Der „zuverlässigste Bundesgenosse" der NSDAP.

Die zunehmende Not als politischer Faktor.

:: **München**, 28. Dezember.

Der „Völkische Beobachter" erklärt in seiner heutigen Nummer, daß sich in diesen Tagen wieder einmal die klare Führung Adolf Hitlers in besonders eindrucksvoller Weise rechtfertige. Würde der Führer heute wieder den Massen die Frage vorlegen, ob er seinen guten Namen und den herrlichen Geist der Bewegung opfern wolle, um ohne Vollmachten die Verantwortung für Herrn von Schleicher zu übernehmen, dann würden ihm die Zehntausende, wie beim letzten Deutschlandflug wieder ein donnerndes „Nein" zur Antwort geben. Die immer grauenvoller werdende Not sei der zuverlässigste Bundesgenosse der nationalsozialistischen Bewegung im Kampfe um die Macht. Vor dieser Not werde auch das Kabinett Schleicher in kurzer Zeit kapitulieren müssen.

Wie die „Nationalsozialistische Korrespondenz" mitteilt, ist die vom 30. Dezember d. J. bis 4. Januar 1933 geplante Sondertagung der Hitlerjugend in Gotha abgesagt und auf einen späteren Termin verschoben worden. — Die Absage dieser Tagung wird nach außen hin mit technischen Gründen motiviert. Aber was hinter diesen „technischen Gründen" sich verbirgt, das sind nicht nur finanzielle Rücksichtnahmen, sondern das ist vor allem die Besorgnis, daß auf dieser Reichsjugendtagung, die übrigens von langer Hand sorgfältig vorbereitet ist und die ein Paradestück der Partei werden sollte, der bisher mühsam hintan gehaltene Konflikt mit Gregor Straßer dann offen zum Ausbruch kommen könnte. Diese Tatsache allein beweist, wie groß die nationalsozialistische Parteileitung die Gefahr einschätzt, in die sie durch die Auseinandersetzung zwischen Hitler und Straßer geraten ist. Die ganze Entwicklung wird aber auch die nationalsozialistische Parteileitung zur Vorsicht veranlassen, damit sie nicht in den Wahlkampf ziehen und es riskieren muß, noch ein paar Dutzend Mandate zu verlieren.

*

Gregor Straßer fordert den Posten eines Generalsekretärs.

Nationalsozialistische Klage gegen Otto Straßer.

:: **Berlin**, 28. Dezember.

Zu der von Hitler gewünschten Unterredung mit Gregor Straßer ist es allem Anschein nach auch heute noch nicht gekommen, da Straßer ganz bestimmte Formulierte Bedingungen gestellt hat, deren Erfüllung Hitler von der eigentlichen Verantwortung entlasten würde. Straßer hat den Parteiführer wissen lassen, eine persönliche Aussprache habe nur dann Sinn und Zweck, wenn Hitler sich bereit erkläre, Straßer das Amt eines Generalsekretärs der Partei zu übertragen. Der Sinn dieses Vorschlags kann nur der sein, daß die politische Leitung der Gesamtpartei an Straßer übergehen soll, so daß sich Hitler mehr auf die oberste Führung der Partei und die große Werbetätigkeit bei politischen Entscheidungen, wie z. B. während eines Wahlkampfes, beschränken würde. Bisher hat sich Hitler zu diesem Vorschlag offenbar noch nicht geäußert, aber es besteht wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß er ihn grundsätzlich annehmen werde, nachdem er in den letzten Wochen bereits weitgehende organisatorische Maßnahmen zur einstweiligen Liquidierung des Falls Straßer getroffen hat.

An der Spitze seiner heutigen Ausgabe meldet der „Angriff", daß Dr. Frick den Herausgeber der „Schwarzen Front" Otto Straßer und den verantwortlichen Schriftleiter dieses Blattes Hildebrandt „verklagt bezw. Strafanzeige gegen sie erstattet hat" Die „Schwarze Front" hatte vor einigen Tagen über die letzte Fraktionssitzung der Reichstagsabgeordneten der NSDAP, bei der auch Adolf Hitler anwesend war, Enthüllungen gebracht. (Wir haben darüber berichtet. Es handelt sich um die sogenannte „Hündchen"-Szene. Die Red.) Sie hatte erklärt, für die Wahrheit ihrer Berichterstattung Zeugen beibringen zu können und sich geweigert, eine ihr von Dr. Frick gesandte Berichtigung auf Grund § 11 des Pressegesetzes zu bringen. Nach dem Pressegesetz hätte das Blatt die Berichtigung, sofern sie genau den pressegesetzlichen Bestimmungen entsprach, veröffentlichen müssen, auch wenn sie objektiv unrichtig war. Otto Straßer und Hildebrandt erklären, die Hitler-Partei versuche mit diesem gerichtlichen Schritt die Sache auf das Formale abzulenken und sich einer Klage über die Richtigkeit der Darstellung zu entziehen. Die „Schwarze Front" halte daher nicht nur ihre Darstellung aus der Folge 45 des Blattes in vollem Umfange aufrecht, sondern werde durch viermalige Wiederholung in den nächsten Nummern eine sachliche Klage der NSDAP herausfordern.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Halle starke Unstimmigkeiten in der mitteldeutschen SA. Ihre Mitglieder folgten zu einem großen Teile der Aufforderung zum Dienst nicht mehr. Trotzdem habe man sie entgegen dem früheren Brauch nicht ausgeschlossen.

*

Litzmann legt sein Reichstagsmandat nieder.

:: **Berlin**, 28. Dezember.

Der bisherige Alterspräsident des Reichstages, General Litzmann, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Die Nationalsozialisten hatten ihn für die Reichstagswahl offenbar nur deshalb aufgestellt, um eine neue Alterspräsidentschaft der kommunistischen Abgeordneten Frau Zetkin zu verhindern. Die Nationalsozialisten sind bekanntlich auch grundsätzlich gegen die Ausübung von Doppelmandaten. Für General Litzmann, der außerdem noch preußischer Landtagsabgeordneter ist, ist Oberleutnant a. D. Friedrich Krüger-Berlin in den Reichstag nachgerückt.

Tagesfragen.

Die Butter-Margarine. „Ranzige Margarine fürs Volk. Unter dieser Ueberschrift polemisiert der „Vorwärts" gegen den gestern verordneten Butterbeimischungszwang zur Margarine, indem er behauptet, daß die Bauernbutter, die bestenfalls zwölf Tage lang frischgehalten werden könne, mit Margarine vermischt, diese nach dieser Zeit ranzig mache, und indem er darauf hinweist, daß der durchschnittliche Umschlag der in Deutschland erzeugten Margarine fünfzig bis sechzig Tage erfordere und nicht wie in Holland nur etwa zwölf Tage. An anderer Stelle wird der Margarinekonsument in einer Erklärung aus dem Reichsernährungsministerium darüber beruhigt, daß er von der Butterbeimischung nicht ein Ranzigwerden seines Speisefettes zu befürchten braucht. Wenn weiter die amtliche Versicherung zutreffen sollte, daß die Margarine durch den Butterzusatz für die breiten Massen nicht verteuert wird, dann sollte kein Anlaß auf Verbraucherseite bestehen, dieser Hilfe für die Bauern mit Protestrufen zu begegnen. Allerdings wird in den Kreisen der Margarineindustrie erklärt, daß die Beimischung nicht durchgeführt werden könne, ohne daß eine Preiserhöhung für das Speisefett der breiten Massen eintrete. Hierbei wird aber zunächst doch wohl abgewartet werden müssen, auf wieviel Tonnen Butter sich der Beimischungszwang erstreckt. In Holland ist der erste Versuch damit gemacht worden. Eine Verordnung hat dort die Beimischung von 25 Prozent Butter zur Margarine bestimmt. Ein so hoher Prozentsatz kann in Deutschland nicht im entferntesten in Frage kommen. Denn eine solche Buttermenge — es würden 125 000 Tonnen sein — steht bei uns aus inländischer Erzeugung nicht hierfür zur Verfügung. Man darf wohl annehmen, daß sich die Forderungen des Reichsernährungsministeriums auf die dieser Tage mitgeteilte Menge von 15 000 Tonnen als Höchstgrenze in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Margarineindustrie beschränken werden. Daß Maßnahmen getroffen werden müssen, durch die die Margarinefabriken, deren wir etwa sechzig bis siebzig in Deutschland haben, daran gehindert werden, die ihnen aufgezwungenen Buttermengen einfach wieder auf dem Markt zu verkaufen, ist wohl selbstverständlich. Der aus bäuerlichen Kreisen geforderte Deklarationszwang, durch den einem Fuschen vorgebeugt werden kann, ist ebenfalls beachtenswert. Wenn in der amtlichen Mitteilung an den schon seit Ende 1930 bestehenden Verwendungszwang für Talg und Schmalz bei der Margarinefabrikation erinnert wird, so ist es nicht uninteressant, von der Margarineindustrie zu erfahren, daß sie die Talgmenge, die sie sich durch eine freiwillige Vereinbarung mit den Feintalgschmelzen über die Abnahme von Premier Jus zu übernehmen verpflichtet hat, gar nicht bekommen kann. Sie wollte zunächst 8000 Tonnen abnehmen und diese Menge allmählich auf 10 000 Tonnen steigern. Dies hat sich aber als unmöglich erwiesen, nicht infolge mangelnder Bereitwilligkeit der Margarinefabriken, sondern weil die deutschen Erzeuger unfähig waren, entsprechende Mengen zu liefern. In diesem Jahre dürfte die Andienung von Premier Jus 6000 Tonnen nicht wesentlich überschreiten. Endlich sei noch davon Vermerk genommen, daß innerhalb der Grünen Front die Ansichten über die Butterbeimischung geteilt sind. Der Führer der süddeutschen Bauernschaft, Dr. Fehr, ist ein ausgesprochener Gegner dieses Zwanges. Auch in Molkereikreisen steht man der Sache nicht ohne Bedenken gegenüber. Wird die Margarine durch die Butterbeimischung teurer, so ist allerdings, daran kann kein Zweifel sein, mit dem Rückgang des Butterverbrauchs zu rechnen, den man in den Molkereien, wenn vielleicht auch nicht durchweg, so doch zum mindesten hier und da fürchtet. Sowohl im Interesse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft wie auch der Verbraucher, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, ist darum alles Augenmerk darauf zu richten, daß keine Preissteigerung in Margarine eintritt.

*

Die Stellung des Reichspräsidenten. In der „Deutschen Juristenzeitung" beschäftigt sich Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons mit dem seit geraumer Zeit hervorgetretenen Wandel in der Stellung des Reichspräsidenten. Wenn ein Mann, der den höchsten Richterposten im Deutschen Reiche innegehabt hat und außerdem zugleich Präsident des Staatsgerichtshofs gewesen ist, zu einer Verfassungsfrage Stellung nimmt, so verdient das ohne Frage die Beachtung der Oeffentlichkeit. Erst recht dann natürlich, wenn es sich um Aeußerungen zu einer Frage von dieser Bedeutung handelt, die man, ohne zu übertreiben, innerhalb der vielfachen verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten der Gegenwart als das Zentralproblem bezeichnen darf. Aber ebenso wie der Staatsgerichtshof nicht allein nach rein rechtlichen Gesichtspunkten seine Entscheidungen trifft, sondern auch politische Zweckmäßigkeitserwägungen mit einfließen läßt, so muß man auch bei einem Juristen, der früher die rote Robe getragen hat, mit der Möglichkeit rechnen, daß er seine politischen Ansichten mitsprechen läßt, wenn er sich zu einer politisch-rechtlichen Frage äußert. Dr. Simons

galt früher als ein Mann, der politisch etwa auf dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei stand. Seitdem er offen zu der von den Nationalsozialisten breitgetretenen Schrift Zarnows Stellung genommen hat, weiß man, daß er sich inzwischen weiter nach rechts entwickelt hat, ganz im Gegensatz zu seinem Sohn, dem von Papen zur Disposition gestellten Regierungspräsidenten Dr. Simons, der Sozialdemokrat ist und alle Aussicht hat, in Dortmund als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters Hirsch, zum Bürgermeister gewählt zu werden. Wenn wir diese Bemerkungen einem Auszug aus dem Aufsatz des früheren Reichsgerichtspräsidenten vorausschicken, so geschieht das aus dem Grunde, um den mit den inneren Wandlungen politischer Persönlichkeiten nicht ganz vertrauten Leser darauf aufmerksam zu machen, daß auch ein Mann von dem unbestreitbaren Ansehen Dr. Simons, nicht in jedem Falle kristallisiertes Recht verkündet, daß vielmehr auch er irgendwo in den deutschen Parteilagern sein Zelt aufgeschlagen hat und von diesem Standort aus den Reichspräsidenten, den Reichstag, die Verfassung, die Parteien und gewiß auch Adolf Hitler betrachtet. Der Reichspräsident sei, so schreibt Dr. Simons, aus dem „Hüter der Verfassung", als der er neuerdings gerne bezeichnet werde, zum Neuformer der Verfassung geworden. Man brauche nur den Schriftwechsel zwischen Hitler und dem Staatssekretär Dr. Meißner aufmerksam zu lesen, um die Richtung zu erkennen, in der die Präsidialgewalt des Reichs sich heute von der Weimarer Konstruktion zu entfernen strebe. Dr. Simons weist eingehend nach, daß der Einfluß des Parlaments auf die Regierung in der Praxis die verfassungsmäßigen Grenzen weit überschritten hatte und daß eine Rückkehr zu den Grundsätzen der geltenden Verfassung nötig ist. Die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament habe sich nun in den letzten 13 Jahren als das größte Hindernis einer stetigen und kraftvollen Reichspolitik herausgestellt. Daran knüpft Dr. Simons folgende Betrachtung:

Die jetzt im Namen des Reichspräsidenten aufgestellten Forderungen gehen über die Verfassung hinaus. Das ganze Kabinett soll aus Männern seines persönlichen Vertrauens bestehen. Kraft seiner Vertretung des Reichs nach außen (Artikel 45) will er den Außenminister, kraft seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht (Artikel 47) den Reichswehrminister ohne Rücksicht auf den Reichstag ernennen und halten. Das ist aus den Bestimmungen der Verfassungsartikel nicht herzuleiten. Die Leitung der auswärtigen Politik und die Verhandlung und Verwendung der Reichswehr hat in den Grundlinien weder der Reichspräsident, noch der Fachminister, sondern der Reichskanzler zu bestimmen (Artikel 56); der Einfluß des Reichspräsidenten und des Fachministers wird innerhalb dieser Schranken nur ein persönlicher sein, kann aber als solcher sehr weitgehend sein, je nach der Stärke der beteiligten Männer. Es ist bezeichnend, daß auf der einen Seite die Parteien, die am parlamentarischen System interessiert sind, die reichsgesetzliche Einschränkung des Artikels 48 verlangen, und auf der anderen Seite der Reichspräsident seine Bereitschaft, Hitler den Posten des Reichskanzlers zu übertragen, davon abhängig gemacht hat, daß er in der Anwendung des Artikels 48 nicht beschränkt werde. Ich halte die heutige Auslegung und Anwendung des Artikels 48 nicht für verfassungsgemäß. Schon daß das Notverordnungsrecht aus Artikel 48 auf Fälle der Wirtschaftsgesetzgebung ausgedehnt wurde, war bedenklich, weil es dem Ermessen der Exekutive einen zu weiten Spielraum ließ. Ich habe deshalb als Stellvertreter des Reichspräsidenten es abgelehnt, eine befristete Notverordnung betreffend eine Regelung des Bankwesens nach Fristablauf zu erneuern, weil ich die Verordnung selbst für verfassungswidrig hielt. Die schlimmen Folgen der Ablehnung, die mir damals der Fachminister ausmalte, um mich zur Unterschrift unter den Notverordnungsentwurf zu bewegen, sind nach keiner Richtung eingetroffen. Seitdem wurde freilich die Gefahr, die unsere Wirtschaftslage bedroht, ungleich größer, aber zugleich die Gefahr einer verfehlten Notverordnungspolitik. Die Krise der Präsidialregierung wächst sich auch vielleicht zu einer Präsidialkrise aus. Deshalb glaube ich, daß bei der Reform der Reichsverfassung eine genauere Umgrenzung der Machtfülle nötig wird, die Artikel 48 dem Reichspräsidenten gibt. Sie muß ihm grundsätzlich erhalten bleiben. Denn er ist nicht sowohl Hüter der Verfassung, als Hüter der Daseinsgrundlagen von Volk und Reich, vor deren Notwendigkeiten unter Umständen selbst die Verfassung zurückzustehen hat. Wieweit das der Fall sein darf, wie tief der Reichspräsident nicht nur in die Grundrechte, sondern auch in die Rechte der Länder eingreifen darf, sollte nicht staatsrechtlicher Entscheidung überlassen bleiben, sondern als Machtfrage verfassungsrechtlich klargestellt werden. Wird sich der Reichspräsident somit auf der einen Seite eine Einschränkung gefallen lassen, so muß auf der anderen Seite die Regierung seines Vertrauens von der Fessel befreit werden, die im Artikel 54 der Reichsverfassung um ihre Hände gelegt ist. Deutschland bedarf in noch höherem Maße als die Vereinigten Staaten einer stetigen Regierung, die nicht wechselnden Parteimehrheiten, sondern der Zukunft des Volkes verantwortlich ist und über deren Bestand der Präsident entscheidet.

Dr. Simons faßt seine Vorschläge für die Reform der Stellung des Reichspräsidenten in der Verfassung folgendermaßen zusammen: Abschaffung des Artikels 54; reichsgesetzliche Klarstellung der Tragweite des Aertikels 48; Hebung des Reichsrats zu einer gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft; Verbindung der Stelle des Reichspräsidenten mit der eines preußischen Staatspräsidenten. Auch wenn wir nicht jedem dieser Vorschläge des früheren Reichsgerichtspräsidenten bedenkenlos zustimmen können und insbesondere nicht der radikalen Abschaffung des Artikels 54, in dem die Rechte der Demokratie und das parlamentarische Regierungssystem durch die Forderung festgelegt sind, daß Reichskanzler und Reichsminister das Vertrauen des vom Volk gewählten Reichstages haben und auf sein Verlangen zurücktreten müssen, so verkennen wir doch keineswegs die Bedeutung dieses Aufsatzes. Er dürfte allerdings der nationalsozialistischen Partei besonders gefallen. Wenn der Reichspräsident sich geweigert hat, Hitler den Auftrag zur Regierungsbildung ohne Bedingungen zu erteilen, so hatte er dafür seine guten Gründe. Im übrigen würde ja der Reichstag hinterher die Möglichkeit gehabt haben, sein Votum über diese Bedingungen abzugeben, woraus dann gegebenenfalls die beiden, durch sie in die Regierung hineingekommenen Minister oder der Reichspräsident durch Auflösung des Reichstages die Konsequenzen hätten ziehen müssen. Daß die Rechte des Reichspräsidenten aus Artikel 48 durch ein besonderes Gesetz festgestellt werden sollen, ist auch eine Forderung des Zentrums, deren Erfüllung uns dringlich erscheint, mögen auch andere Verfassungsfragen, so die Stellung des Reichsrats und die Beseitigung des Dualismus Preußen-Reich, besser auf ruhigere, von wirtschaftlichen und sozialen Sorgen weniger erfüllte Tage vertagt werden.

Neue Handelsverträge.

Deutsch-französisches Zusatzabkommen unterzeichnet.

÷ **Berlin**, 28. Dez.

Amtlich wird mitgeteilt: Das am 21. Dezember in Berlin paraphierte Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen vom 17. August 1927 sowie der am gleichen Tage paraphierte Notenwechsel zu der deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem Saarbeckengebiet und dem deutschen Zollgebiet vom 23. Februar 1928 sind nach inzwischen erfolgter Genehmigung durch die deutsche und die französische Regierung heute im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden.

Der Wortlaut des Zusatzabkommens und des Notenwechsels wird in der am 29. Dezember erscheinenden Nummer des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers veröffentlicht werden.

Der „Berliner Börsencourier" glaubt außer der bereits bekannten Tatsache, daß in dem heute unterzeichneten deutsch-französischen Zusatzabkommen zum Handelsvertrag von 1927 der Grundsatz der Meistbegünstigung aufrechterhalten worden sei, noch zu wissen, daß zunächst auch die im Handelsvertrag enthaltenen Zollbindungen grundsätzlich bestehen bleiben würden. Dagegen hätten nunmehr beide Parteien das Recht bekommen, mit einer kurzfristigen Kündigungsfrist von 14 Tagen jede einzelne Zollbindung aufzuheben. Weiter soll das ebenfalls abgeschlossene deutsch-französische Devisenabkommen genau die gleiche Grundlage haben wie die Abkommen mit Italien und Schweden.

★

Meistbegünstigungsabkommen mit Kanada.

÷ **Berlin**, 28. Dezember.

Die Anwendung des deutschen Obertarifes auf Kanada wurde seiner Zeit im Hinblick auf bevorstehende Handelsvertragsverhandlungen auf sechs Monate ausgesetzt. Diese sechs Monate Frist läuft am 1. Januar 1933 ab. Da Verhandlungen mit der kanadischen Regierung im Hinblick auf die Ottawa-Konferenz in der Zwischenzeit noch nicht aufgenommen werden konnten, haben sich beide Regierungen entschlossen, vom 1. Januar 1933 ab sich gegenseitig autonom eine de facto Meistbegünstigung zu gewähren. Für die Behandlung deutscher Waren in Kanada bedeutet dies, daß anstelle des bisher angewandten Generaltarifes der kanadische Mitteltarif tritt. Verhandlungen zur Herstellung eines vertragmäßigen Zustandes zwischen Deutschland und Kanada sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Wie aus Ottawa gemeldet wird, erklärte der stellvertretende Premierminister Sir George Perley, daß Deutschland schon 1930 die vierte Stelle im Außenhandel Kanadas eingenommen hat.

★

Die englisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen.

△ **Berlin**, 28. Dez.

Ueber die englisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Wenn in amtlichen englischen Kreisen über das Ergebnis der kürzlich in Berlin geführten Verhandlungen über die englisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen Zurückhaltung beobachtet wird, so entspricht dies der zwischen beiden Abordnungen getroffenen Vereinbarung, keine Mitteilungen über Einzelheiten herauszugeben, solange die Verhandlungen schweben. Wie nach der letzten Besprechung der Mitglieder der Abordnungen in Berlin am 21. Dez. mitgeteilt worden ist, sind bei den Verhandlungen die Möglichkeiten für gegenseitige Zugeständnisse geklärt worden, und zwar sowohl hinsichtlich der deutschen Wünsche nach Herabsetzung deutscher Zölle, die für die deutsche Einfuhr besonders abträglich sind, wie bezüglich der englischen Wünsche nach vermehrter Zufuhr englischer Kohle nach Deutschland. Die Ergebnisse werden zurzeit den beiden Regierungen unterbreitet und die Verhandlungen vereinbarungsgemäß Anfang Januar fortgesetzt werden.

Die Krise in Bulgarien.

Rücktritt des Kabinetts.

+ **Sofia**, 28. Dezember.

Ministerpräsident Muchanoff hat heute die Demission seines Kabinetts eingereicht. Der König hat die Demission angenommen und das scheidende Kabinett mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Noch im Laufe des Vormittags hat der König den Präsidenten der Sobranje, Malinoff, zu sich gebeten, um mit ihm die Frage der Bildung eines Kabinetts durchzusprechen.

Die Gründe für die Regierungskrise liegen in den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich innerpolitisch in einer zunehmenden Unzufriedenheit der davon betroffenen Bauernschaft auswirken. Daß der Stoß von den radikalen Bauernbündlern herkommt, bestätigt diese Annahme und läßt den Zerfall des Regierungsblocks, dem Demokraten, Bauernbündler, Nationalliberale und die Radikalen angehören, befürchten. Jedenfalls wird Malinoff erhebliche Schwierigkeiten haben, eine Regierung zustande zu bringen, da es nicht leicht sein wird, die Forderungen der Bauern zu befriedigen. Die Lage wird noch verschärft durch den Bruderkampf in Mazedonien, der fast täglich ein neues Opfer fordert und die innerpolitische Atmosphäre vergiftet. Eine weitere Erschwerung bedeutet noch die kommunistische Gefahr, die nach dem Wahlerfolg der Radikalen Arbeiterpartei im Sofiaer Gemeinderat eine arge Belastung des innerpolitischen Gleichgewichts geworden ist. Wegen der Zersplitterung der Opposition hält man einen durchgreifenden Kurswechsel aber noch nicht für spruchreif.

✱

Der mazedonische Bruderkampf.

⊙ **Sofia**, 28. Dezember.

Nach dem „Pester Lloyd" kam es heute vormittag vor dem Königsschloß zu einem schweren Feuergefecht zwischen den beiden verfeindeten Flügeln der mazedonischen Organisationen. Gegen 10 Uhr, als der Präsident der Sobranje zum König gerufen wurde, um mit ihm über die Lösung der Regierungskrise zu beraten, stießen zwei starke Gruppen der Mazedonier vor dem Schlosse aufeinander. Die eine Gruppe bestand aus Anhängern Mihanlows, die anderen aus Protogerowisten. Auf dem Schauplatz des Gefechtes blieben ein Toter, ein Gendarm, und sechs Schwerverwundete. In der Stadt herrscht große Erregung. Um der Polizei nicht aufzufallen, hatten sich die Anhänger der Protogerow-Gruppe als Jäger verkleidet, die Jagdhunde mit sich führten.

Ueber die Zusammenstöße, über die verschiedene teils sich widersprechende Meldungen vorlagen, wird nunmehr folgende authentische Darstellung gegeben, aus der hervorgeht, daß es sich hierbei um einen neuen Anschlag des mazedonischen Bruderkampfes handelt und mit dem Rücktritt des bulgarischen Gesamtkabinetts nicht im Zusammenhang steht. Danach wurde am Mittwoch gegen Mittag auf den Schriftleiter Simeon Eftimoff des Hauptorgans der mazedonischen Emigrantion, „Makedonia", ein Anschlag verübt, der in eine förmliche Straßenschlacht ausartete. Als Eftimoff den Platz vor dem königlichen Schloß überschritt, in dem gerade der König mit dem Präsidenten der Kammer die durch den Gesamtrücktritt der Regierung geschaffene Lage besprach, eröffneten zwei Männer in Jägerkleidung auf den Hauptschriftleiter ein Schnellfeuer aus Pistolen und Jagdgewehren und verletzten ihn schwer. Die Leibwache Eftimoffs, die ihn stets zu begleiten pflegte, erwiderte das Feuer. In diesem Kreuzfeuer wurden vier zufällig Vorübergehende schwerverletzt. Von den Attentätern flüchtete einer in den nahen Stadtpark und setzte dort das Feuer gegen seine Verfolger fort. Er konnte aber festgenommen werden. Ein weiterer Attentäter lief über den um die Mittagszeit stark belebten Boulevard „Zarbefreier" und schoß wild um sich. Ein zufällig des Weges kommender Offizier brachte ihn schließlich zu Fall, wobei der Attentäter einen Revolver und zwei Handgranaten verlor. Bei dem Versuch, seine Flucht fortzusetzen, wurde er von einem Schutzpolizisten durch zwei Schüsse niedergestreckt und konnte in schwerverletztem Zustande verhaftet werden. Bei der Schießerei noch auf dem Platze vor dem königlichen Schloß erhielt ein Polizeibeamter einen Kopfschuß, durch den er sofort getötet wurde. Ferner wurde im benachbarten Kriegsministerium ein am Fenster stehender Beamter durch eine verirrte Kugel ins Herz getroffen, so daß insgesamt zwei Todesopfer und sechs Schwerverletzte das Ergebnis dieses neuesten Anschlages des mazedonischen Bruderkampfes ist. Die Angreifer waren Protogerowisten.

Brolat. Der Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft Brolat ist unter dem Verdacht, einen Meineid geleistet zu haben, und wegen Fluchtgefahr verhaftet worden. Der Meineidsverdacht gegen Brolat steht in Zusammenhang mit seinen Aussagen in der Sklarek-Affäre. Er soll in dem Disziplinarverfahren gegen Beamte der Stadt Berlin wegen dieser Affäre unter Eid vor dem damaligen Untersuchungskommissar Oberregierungsrat Dr. Tapolski die Unwahrheit gesagt haben, angeblich um andere, die er an den Verfehlungen der Sklareks für unbeteiligt hielt, zu schützen. Brolat war ein Freund der Gebrüder Sklarek. Sie imponierten ihm um des Geldes willen, und bedenkenlos nahm er ihre Geschenke, ihre ihm billig gelieferten Anzüge und kostbaren Hemden im Werte von 70 und 80 Mark an. Will man an ihm etwas Sympathisches feststellen, so ist es das, daß er die Sklareks in ihrem Prozeß nicht verleugnete, sondern sich auch dann noch freimütig als ihren Freund bekannte, als andere ihrer Gelage- und Jagdgenossen von ihnen als angebliche Unschuldslämmer weit abzurücken suchten. Aber außer diesem Freimut läßt sich nicht viel Rühmenswertes von ihm sagen. Vielleicht mehr als er selber ist indessen doch die Sozialdemokratie durch den Fall Brolat belastet. Sie ließ es zu, daß der frühere Metallarbeiter vom Gewerkschaftssekretär zum Direktor der großen Berliner Verkehrs-Gesellschaft avancierte und in dieser Stellung, darauf kommt es an, Jahre lang ein Gehalt von 72 000 Mark einsteckte, das zuletzt sich noch nach der Gehaltskürzung auf 50 000 Mark belief. Die Sozialdemokratie hielt, was weiter von Belang ist, bis in die jüngste Zeit diesen Mann, der als Gewerkschaftsbeamter sicher seine Brauchbarkeit erwiesen hatte, in einer Stellung, der er nicht gewachsen war, wie die „Vossische Zeitung" sagt (die sich durch ein ruhiges Urteil auszeichnet), „nicht weil ihm Verständnis für die Arbeit fehlte, sondern weil es ihm an der Erkenntnis mangelte, daß gerade dieser äußere Aufstieg besondere Zurückhaltung erforderte". Nach Brolats Eintritt in die Berliner Verkehrs-Gesellschaft rückten die Sklareks, die bis dahin als Lieferanten für jene keine besondere Rolle spielten, an die zweite Stelle vor. Die Sozialdemokratie drückte die Augen darüber zu, daß Brolat Herkunft und Mission verriet. Sie stellte sich schützend vor ihn, als schon längst klar zu Tage lag, daß mit ihm nicht alles in Ordnung war, mochte auch keine strafrechtliche Verfehlung zu erkennen sein. Das ist die politische Seite dieses Falles, die uns hier interessiert. Daß es Entschuldigungsgründe menschlicher Art für Brolat selbst geben mag, wird vielleicht der Prozeß gegen ihn deutlicher erweisen, als man das heute schon erkennen kann.

Neuer amerikanischer Schritt in Paris

Vertagung der Schuldenfrage bis nach Roosevelts Amtsantritt erwartet.

:: **Paris**, 28. Dezember.

In Pariser politischen Kreisen erwartet man für kommenden Sonnabend einen neuen Schritt des amerikanischen Botschafters in Paris bei Ministerpräsident Paul-Boncour. Der Botschafter ist beauftragt der französischen Regierung noch einmal zu bestätigen, daß die Washingtoner Regierung die Regelung der seit dem 15. Dezember überfälligen Schuldenzahlung als Vorbedingung für die Einleitung von neuen Verhandlungen betrachtet.

Nach dieser Verbalnote können die französisch-amerikanischen Verhandlungen dann als vorläufig unterbrochen gelten und werden erst wieder aufgenommen werden, wenn der neue amerikanische Staatspräsident Roosevelt sein Amt angetreten hat.

General Kundt siegt.

× **Buenos-Aires**, 28. Dez.

Nach einer Reutermeldung bestätigt es sich, daß die Paraguyaner nach sechs Wochen erbitterter Kämpfe die Forts Savedra, Samaclay und Murguia räumen mußten. Die Bolivianer haben sich also des ganzen Abschnittes des Pilcomayo an der Gran Chaco-Front bemächtigt.

Das Kriegsglück im Gran Chaco wendet sich zusehends dem stärkeren Bolivien zu. Der deutsche General Hans Kundt, der vor einiger Zeit das Oberkommando über die bolivianischen Truppen übernommen hat, mobilisierte 20 000 neue Rekruten und leitete eine erfolgreiche Offensive an der Nordfront ein. Dadurch zwang er die Truppen Paraguays, die meisten vor Monaten schon eroberten Forts wieder aufzugeben. Die Räumung von Savedra durch die Paraguayaner beweist, daß die Bolivianer auch in der südlichen Schlüsselstellung siegreich sind, wo sie 350 Klm. von der Hauptstadt Paraguays, Assuncion entfernt sind. Paraguay konzentriert seine Defensivkräfte auf die mittlere Front bei Fort Boueron und läuft damit Gefahr, seine Stellungen von den übermächtigen Truppen des Generals Kundt von beiden Flanken aufgerollt zu sehen. Bolivien verfügt im Augenblick über 40 000 Mann, wird aber schon in Monatsfrist die neuen 20 000 Mann einsetzen können. Die Presse von La Paz sagt bereits die Einnahme von Assuncion voraus und feiert dabei Kundt als „Vaterlandsretter".

Der Fall Hentsch.

◆ **Dresden**, 28. Dezember.

Die sächsische Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: Nachdem nunmehr die Leiche des ermordeten Nationalsozialisten Hentsch gefunden worden ist, wird der Oeffentlichkeit zur Vermeidung von irrigen Auffassungen mitgeteilt: Die Staatsanwaltschaft hat unmittelbar, nachdem ihr die Akten, die bis dahin das Kriminalamt in Verwahrung hatte, am 18. November zugegangen waren, mit Nachdruck die Ermittlungen betrieben, auch Haftbefehl gegen die vermutlichen Täter erwirkt und Steckbriefe erlassen. Sie hat in Erfahrung gebracht, daß die Beschuldigten bald nach der Tat ins Ausland geflüchtet waren, und weiß seit längerer Zeit, wo sich diese jetzt aufhalten. Ueber die Ausführung der Tat und die weiteren Zusammenhänge werden eingehende Erörterungen angestellt. Seit der Auffindung der Leiche ist außer dem beschuldigten Bormann noch ein Bruder der Braut des beschuldigten Schenk, der 21 Jahre alte Maschinenschlosser Eugen Beyer aus Cosmannsdorf, festgenommen worden. Die Sektion der Leiche erfolgte am Mittwoch im Amtsgericht Dippoldiswalde durch Geheimrat Prof. Koppel in Leipzig.

Am Dienstag hatten Landtagsabgeordnete verschiedener politischer Parteien in der Angelegenheit Hentsch beim Justizminister Dr. Mannsfeld und beim Innenminister Richter vorgesprochen. Beide Minister sicherten den Abgeordneten strengste und beschleunigte Durchführung der Untersuchung zu. Einzelheiten über das Verfahren und die bisher gemachten Ermittlungen konnten aber die Minister angesichts der Gefährdung der Untersuchung nicht geben.

Kraftwagen vom Personenzug zermalmt.

Zwei Tote, eine Schwerverletzte.

× **Karlsruhe**, 28. Dez.

Zwischen den Bahnhöfen Ettlingen und Bruchhausen (etwa 10 km von Karlsruhe) wurde am Mittwoch abend ein Kraftwagen von einem Personenzug erfaßt, etwa 100 m mitgeschleift und völlig zermalmt. Die Insassen, der Viehhändler Müller aus Grötzingen und sein Sohn wurden getötet, die Ehefrau lebensgefährlich verletzt. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß der Schrankenwärter nach Durchfahrt eines Schnellzuges unachtsamerweise die Schranke wieder öffnete. Während der erste an der Schranke wartende Kraftwagen noch glücklich über den Schienenstrang kam, wurde der nachfolgende Wagen des Viehhändlers Müller von einem durchfahrenden Personenzug erfaßt.

Furchtbare Szenen bei einem Flugzeugabsturz.

Vor den Augen seiner Frau verbrannt.

:: **London**, 28. Dezember.

Bei Wau in Neuguinea stürzte ein Flugzeug, in dem sich der amerikanische Flieger Drayton mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter sowie einem amerikanischen Fluggast befanden, ab und ging in Flammen auf. Die Frau und die Tochter konnten sich retten, mußten aber zusehen, wie der Vater und Gatte, der mit dem Fuß in der Maschine hängen geblieben war, vor ihren Augen verbrannte. Auch der Fluggast fand den Tod in den Flammen.

10 Landstreicher in einem Strohschober verbrannt.

△ **Warschau**, 27. Dezember.

Auf dem Gute Bujny (Kreis Petrikau) geriet ein Strohschober in Brand. Die Tätigkeit der Feuerwehr beschränkte sich darauf, das Ueberspringen der Flammen auf die in der Nähe stehenden Häuser zu verhindern. Als der Schober vollkommen niedergebrannt war, machte man eine furchtbare Entdeckung. In der Asche wurden die zur Unkenntlichkeit verkohlten Leichen von zehn Personen gefunden. Es handelt sich um Landstreicher, die in dem Strohschober übernachten wollten, da der Gutsbesitzer an jedem Morgen und Abend an Landstreicher Verpflegung zu verteilen pflegt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Zigarettenrauchen entstanden.

Eisenbahnunglück in Spanien.

♥ **Madrid**, 28. Dezember.

Nachdem in den letzten Tagen der Schnellzug Madrid—Barcelona zweimal ohne schwerere Folgen entgleiste und bei San Sebastian eine Lokomotive infolge falscher Weichenstellung aus den Schienen sprang, ereignete sich am Dienstag abend ein neues und folgenschweres Eisenbahnunglück bei Cordoba. In einem Tunnel entgleisten 32 Wagen eines Güterzuges. Aus dem riesigen Trümmerhaufen wurden fünf Tote und sechs Verletzte geborgen.

Das Panzerschiff „Deutschland" soll im Frühjahr in Dienst gestellt werden, der Kreuzer „Emden" dagegen außer Dienst. Zum Kommandanten des Panzerschiffes ist Kapitän zur See von Fischel ernannt worden, der seit 1905 der Marine angehört und im Kriege Kommandant des Unterseebootes „U 65" war.

Das polnische Kriegsministerium hat zu Weihnachten insgesamt 32 Offiziere befördert, darunter sechs Obersten zu Generalen. Unter den sechs Obersten befindet sich der jüdische Oberst Bernhard Mond, der der erste jüdische General in der polnischen Armee ist.

d Murguia räumen
sich also des ganzen
ayo an der Gran

co wendet sich zusehends
eutsche General Hans
s Oberkommando über
ommen hat, mobilisierte
eine erfolgreiche Offen-
zwang er die Truppen
onaten schon eroberten
räumung von Savedra
aß die Bolivianer auch
siegreich sind, wo sie
aguays, Assunction ent-
rt seine Defensivkräfte
Boueron und läuft
on den übermächtigen
n beiden Flanken auf-
gt im Augenblick über
Monatsfrist die neuen
ie Presse von La Paz
Assuncion voraus und
dsretter".

entsch.

sden, 28. Dezember.

ntlicht folgende Erklä-
des ermordeten Natio-
vorden ist, wird der
irrigen Auffassungen
hat unmittelbar, nach-
Kriminalamt in Ver-
gegangen waren, mit
n betrieben, auch
hen Täter erwirkt und
n Erfahrung gebracht,
Tat ins Ausland
it längerer Zeit, wo
Ueber die Ausfüh-
Zusammenhänge
gestellt. Seit der Auf-
beschuldigten Ber-
raut des beschuldig-
aschinenschlosser Eugen
enommen worden.
Mittwoch im Amts-
nrat Prof. Koppel in

geordnete verschiedener
egenheit Hentsch beim
d beim Innenminister
nister sicherten den Ab-
leunigte Durch-
Einzelheiten über das
Ermittlungen konnten
efährdung der Unter-

ersonenzug

.

rverletzte.

arlsruhe, 28. Dez.

gen und Bruchhausen
am Mittwoch abend
m Personenzug
und völlig zer-
ndler Müller aus
urden getötet,
ch verletzt. Das
, daß der Schranken-
llzuges unächtsamer-
nete. Während der
aftwagen noch glück-
rde der nachfolgende
einem durchfahren-

bei einem

rz.

u verbrannt.

don, 28. Dezember.

in Flugzeug, in dem
ton mit seiner
chter sowie einem
b und ging in
die Tochter konnten
wie der Vater und
Maschine hän-
ren Augen ver-
d den Tod in den

nem Stroh-

nnt.

u, 27. Dezember.

etrikau) geriet ein
Tätigkeit der Feuer-
Ueberspringen der
den Häuser zu ver-
nen niedergebrannt
re Entdeckung.
tlichkeit verkohl-
en gefunden. Es
dem Strohschober
ger an jedem Mor-
erpflegung zu ver-
einlich durch Ziga-

Spanien.

, 28. Dezember.

Schnellzug Madrid
perere Folgen
n eine Lokomotive
g aus den Schienen
end ein neues und
Cordoba. In
Wagen eines
Trümmerhaufen
rletzte geborgen.

hland" soll im
Kreuzer „Emden"
panten des Panzer-
chel ernannt wor-
rt und im Kriege
65" war.

at zu Weihnachten
nter sechs Obersten
n befindet sich der
d, der der erste
chen Armee ist.

Die Neujahrsausgabe

des Bocholter-Borkener Volksblatt erscheint als verstärkte Ausgabe mit der Samstagsnummer zusammen Samstag früh.

Anzeigen für diese Ausgabe erbitten wir bis Freitag nachmittag 2 Uhr.

Dringende Anzeigen für die Montagsausgabe werden am Sonntag, dem 1. Januar 1933, von 10—12½ Uhr in unserer Geschäftsstelle entgegen genommen.

Bocholter-Borkener Volksblatt.

Fernruisammelnummer 3054/55.

Aus der Heimat.

Achtung, Rentenempfänger!

= **Bocholt**, 29. Dezember. Es wird darauf hingewiesen, daß die Invaliden- und Unfallrenten für Januar am Freitag, dem 30. Dezember, beim hiesigen Postamt ausgezahlt wird.

Aufträge für die Eisenindustrie.

= **Bocholt**, 29. Dezember. Der hiesigen Eisenindustrie wurden einige nennenswerte Aufträge zuteil, die der augenblicklichen Belegschaft auf absehbare Zeit hinaus Beschäftigung und Verdienst sichern.

Viehmarkt.

p. **Bocholt**, 28. Dezember. Auf dem heutigen Viehmarkt waren 606 Schweine aufgetrieben. Verkauft wurden 327 Schweine. Es kostete die Alterswoche 1,50 bis 2 RM. Für Läuferschweine wurden 25 bis 35 RM. gezahlt.

Entschwundener Weihnachtszauber.

= **Bocholt**, 29. Dezember.

Nun schwindet das schon vertraut gewordene weihnachtliche Bild aus den Straßen: eifrige Hände holten den glitzernden Schmuck aus den Schaufenstern, tausend Käuferwünsche, die noch unerfüllt blieben, verschwinden wieder auf Regalen, und abends ist bereits das festliche Geleucht den Straßen genommen. Nun ist wieder der Alltag in das Geschäftsleben eingekehrt. Nur hin und wieder erinnert noch das Schaufenster eines Säumigen daran, daß Weihnachten war. Daheim wird in stillen Abendstunden, wenn das Wachs der Kerzen von den schimmernden Tannenzweigen tropft und das Kindlein in der Krippe lächelt, des Wunders der Heiligen Nacht gedacht. Helle Kinderstimmen besingen dieses Wunder mit schlichten Weihnachts- und Krippenliedern. Der Weihnachtszauber im Alltag schwand, aber das Weihnachtswunder lebt in den Herzen der gläubigen Menschen fort und schenkt noch manche beglückende Stunde im Kreise der Familie.

Tauscht nicht zu viel um!

§ **Bocholt**, 29. Dezember.

Ein hiesiger Geschäftsinhaber richtet folgende Bitte an die Käufer und die von ihnen Beschenkten: Man möge nach den Weihnachtstagen nicht gar zu viel umtauschen. Ein Geschenk, das gerne gegeben wird, sollte von dem Beschenkten auch freudig und dankbar hingenommen und nach Möglichkeit nicht gegen ein anderes Stück umgetauscht werden. Das Umtauschen in den Tagen nach Weihnachten ist für den Geschäftsinhaber eine überaus unangenehme Beigabe zum Weihnachtsgeschäft. Natürlich kann es vorkommen, daß ein Kleidungsstück nicht paßt, in einem solchen Falle ist jeder Geschäftsmann gern bereit, es gegen ein passendes umzutauschen, auch in vielen anderen Fällen ist ein Umtausch berechtigt und wird gern vorgenommen, aber man sollte nicht alles umtauschen wollen und den Geschäftsinhabern damit das Dasein noch mehr erschweren.

Neuerung bei der Post.

Postgut — die billige Kleingutsendung.

§ **Bocholt**, 29. Dezember.

Ab 15. Januar 1933 führt die Deutsche Reichspost die Zulassung einer neuen billigen Kleingutsendung ein. Die Verbilligung kommt nur in Frage bei gleichzeitiger Einlieferung von mindestens fünf Sendungen nach demselben Bestimmungsort bei allen Postanstalten. Das Höchstgewicht beträgt 7 Klg. Auch unversiegelte Wertsendungen und Nachnahmesendungen sind zulässig; nicht zulässig sind versiegelte Wertsendungen, Eilzustellungen und Rückschein. Ein Zwang zum Freimachen besteht nicht, auch wird kein Zuschlag für nichtfreigemachte Sendungen erhoben. Die Haftung, Einlieferung, Verpackung, Verschluß, Aushändigung usw. erfolgt wie bei Postpaketen. Für 1 bis 10 Sendungen an denselben Empfänger ist nur eine Paketkarte zu verwenden, während bei Nachnahmen für jede Sendung eine Paketkarte zu verwenden ist. Die Sendungen sind durch Angabe „Postgut" im Kopf der Aufschrift und die Paketkarten durch Angabe „Postgut" im umrandeten Raum oberhalb der Anschrift zu kennzeichnen. Die Gebühren betragen

Bei einem Gewicht (Höchstgewicht 7 kg)	1. Zone bis 75 km	2. Zone über 75 bis 150 km	3. Zone über 150 bis 375 km	4. Zone über 375 bis 750 km	5. Zone über 750 km
bis 5 Klg.	0,35	0,45	0,45	0,60	0,65 ℳ
über 5 bis 6 Klg.	0,40	0,55	0,55	0,80	0,90 ℳ
über 6 bis 7 Klg.	0,45	0,60	0,65	1,00	1,20 ℳ

Das Hauptzollamt meldet:

b. **Bocholt**, 29. Dezember.

Kurz vor den Feiertagen sichtete die Motorradstreife der Zollaufsichtsstelle Stadtlohn eine aus Richtung der Grenze kommende Opel-Limusine, die beim Näherkommen der Beamten ihre Fahrgeschwindigkeit steigerte. Diese nahmen jetzt die Verfolgung des verdächtigen Wagens auf, konnten ihn aber erst kurz vor Lünghausen einholen und zum Halten bringen. Im Hinterraum des Wagens, aus dem die Sitze entfernt waren, lagen 4 Schmuggelpacken mit 250 Pfund Rauchtabak. Der Führer wurde festgenommen und der Kraftwagen mit der Ware beschlagnahmt.

Auch sonst herrschte vor den Feiertagen reger Schmuggelbetrieb. Die nachgenannten Zollaufsichtsstellen erzielten folgende beachtliche Erfolge:

Bocholt: 151 Pfund Tabak, 151 Pfund Kaffee und 8 Täter, von denen einer auf der Flucht von dem verfolgenden Schutzhund empfindlich gebissen wurde.

Barlo: 40 Pfund Tabak, 1 Fahrrad und ein Täter.

Rhede: 61 Pfund Tabak, 28 Pfund Kaffee, ein Fahrrad und zwei Täter.

Vardingholt: 149 Pfund Tabak, 10 Pfund Kaffee und mehrere Täter.

Oeding: Ueber 10 Ztr. Getreide und 2 Fahrräder.

Der Tonwerke Winterschlaf.

× **Bocholt**, 28. Dezember.

Still ist es geworden im Stadtgarten, winterlich still. Schlaf- und traumbefangen liegen die Tonwerke da. Nicht das geringste Wellchen kräuselt ihrer Wasser Oberfläche. Sogar die Fische träumen und schlafen am Ufer. Bäume und Sträucher senken in tiefem Schlummer ihr müdes Haupt. So der Dornröschenschlaf der Tonwerke.

„Warte nur, balde!" — Dann schießen wieder wettergebräunte trainierte Schwimmergestalten durch deine jetzt so ruhigen Gewässer, daß der Gischt aufschäumt und die Wellen hüpfen und tanzen. Dann hallt das Lachen und Fröhlichsein von Hunderten Bocholter Bürger über deine weite Fläche, schraubt sich empor an den umstehenden Bäumen und Sträuchern, so daß sie aufgeschreckt und ärgerlich mit ihren langen Armen die Luft peitschen. Dann spielen und tummeln sich deine Fischlein wieder bei blauem Himmel und Sommersonne. Dann bist du wieder der Jungbrunnen so vieler Menschen, stählst ihre Muskeln, stärkst ihre Lungen, hebst ihre Lebenskraft und Lebensfreude, bist ihr Weekend, ihre Ferienerholungstätte. Dann lauschest du trotz aller äußeren Aufregung still und andächtig den dir aus dem Lautsprecher entgegenquellenden Melodien der Menschen. Dann haust du mit den jungen Menschenkindern Luftschlösser des Glücks und zerstreust der Alten Sorgen und Grillen. Dann bist du wieder ganz du! „Warte nur, balde!" — — —

Vereine und Veranstaltungen.

Der Arbeiterverein St. Paulus veranstaltet heute (Donnerstag) abend seinem scheidenden Präses Kaplan Mertens eine Abschiedsfeier, zu der nicht nur die Vereinsmitglieder, sondern alle Freunde der Arbeiterbewegung herzlich eingeladen sind.

Aus dem Gesellenverein. Am heutigen Donnerstag, abends 8,30 Uhr, hat die Theaterabteilung Versammlung, auf der die Rollen verteilt werden sollen. Neue Spieler mögen sich einfinden.

Jungmännerring im K. K. V. Heute abend ist im Vereinslokal Langenhoff aus der Themareihe „Die deutsche Literatur": Vorführung des Ufa-Filmes: „Die Nibelungen".

„Jung-Westfalia", Jugendgruppe im K. K. V. Der Donnerstagabend-Stenographiekursus fällt heute aus.

Volkstanzkreis Bocholt. Heute abend 8 Uhr ist Uebungsabend für den Anfängerkreis. — Am Freitag dieser Woche 8 Uhr Sing- und Spielkreis. Alle mögen pünktlich kommen. Bringt das Singeschiff mit! Am gleichen Abend um 8,30 Uhr Volkstänze für den Fortgeschrittenenkreis. Es werden verschiedene neue Tänze eingeübt, deshalb darf keiner fehlen. Wichtige Besprechung!

Neudeutschland. Während der Ferien versammeln wir uns nachmittags 4 Uhr im Heim zu Spiel und Unterhaltung. Mittwochs und Sonntags, morgens ab 11 Uhr, ist Bücherausleihe.

4711
Allwetter-Creme
Pflegt und schützt

Wann ist Bocholt dran?

Stotternde Städte . . .

Tatsachen und Auswirkungen deutscher Gemeindenot.

§ **Bocholt**, 29. Dezember.

Gähnende Leere herrscht heute in fast allen Gemeindekassen. Die Verschuldung der Gemeinden beträgt insgesamt 11,8 Milliarden. Die katastrophale Finanzlage drängt nach Entscheidungen. Das Reich, das doch die Finanzhoheit hat, muß der Retter in der Not sein und den Gemeinden zunächst jetzt einmal helfen, die kurzfristigen Schulden in Höhe von 1500 Millionen Mark zu konsolidieren. Weiter müssen die Gemeinden auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge entlastet werden. Die Finanzlage ist bei vielen Gemeinden heute so, daß nicht einmal die A-Leistungen (Gehälter, Löhne, Wohlfahrtsgelder und der notwendige Bürobedarf) bestritten werden können.

Beispiele reden eine harte Sprache.

Die Stadt Duisburg-Hamborn wird am 1. Januar nicht die fälligen Zinsen zahlen können. Nur mit Hilfe von Reich und Preußen hält sich diese Stadt über Wasser. Auch Dortmund ist eine von den vierzehn Ruhrstädten, deren Fehlbeträge zusammen fast ein Fünftel des kommunalen Defizits ausmacht. Dresden läßt auch Klagerufe in die Oeffentlichkeit dringen. Sehr groß ist die Zahl der kleinen Gemeinden, die auf dem Wege der Sammelanleihe ihre Kredite bekommen haben. Die Städte und Gemeinden zahlen heute stotternd . . . oder gar nicht.

Vielsagende Randbemerkungen.

In der vorzüglichen Informationsquelle für Kommunalpolitiker „Kommunalpolitische Blätter Köln" werden Briefe an Gemeindelieferanten veröffentlicht, die ein echtes Dokument unserer Zeit sind. So schreibt ein rheinischer Regierungspräsident an einen Formularverleger:

> **„Jedoch muß ich darauf aufmerksam machen, daß eine große Anzahl von Gemeinden auch des hiesigen Bezirks schon seit längerer Zeit ihre monatlichen Zahlungsverpflichtungen nur noch durch Staatshilfe aufrechterhalten können . . ."**

Um diese Staatsbeihilfen genügen eben, um die erwähnten A-Leistungen zu erfüllen.

Der Landrat eines durch die Kreiszusammenlegung vergrößerten Kreises versendet ein Rundschreiben, in dem es heißt:

> **„Bei der Höhe der von dem aufgelösten Kreis übernommenen Verpflichtungen und dem äußerst minimalen Kassenbestande ist es zurzeit leider nicht möglich, Ihre Forderungen an den alten Kreis zu erfüllen . . . . Der Kreis Y. als Rechtsnachfolger ist sich seiner Verpflichtung durchaus bewußt, bei der augenblicklichen Lage aber leider nicht imstande, auch nur eine kleine Teilzahlung zu leisten. Angesichts dieses bestehenden Zustandes sind auch Zwangsmaßnahmen aussichtslos."**

Ein Landbürgermeister schreibt an einen Lieferanten u. a.:

> **„Unter Bezugnahme auf die Mahnung des rückständigen Betrages für die Lieferungen über 24 ℳ teilen wir mit, daß die Gemeinde seither nicht in der Lage gewesen ist, die Rechnung zu begleichen. Wir können auch nicht versprechen, ob in der nächsten Zeit Zahlungen geleistet werden kann. Es tut uns leid, Ihnen dieses eröffnen zu müssen, können aber nicht anders handeln".**

Schwere Folgen.

Der Oberbürgermeister von Gladbeck hat dieser Tage, da die Hälfte aller Einwohner unterstützt werden, erklären lassen, daß die Stadt weder Zinsen zahlen könne noch Staatssteuern abführen werde. Die Stadt Herne muß in ihrer Sparsamkeit soweit gehen, daß die Anschaffung von Bleistiften für die Verwaltung verboten ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß 1000 Kinder die Schule nicht besuchen, weil es einfach an Schuhen fehlt. Familien von fünf Personen müssen sich mit 30 bis 50 Mark im Monat durchschlagen. Der Regierungspräsident von Hessen-Nassau will, wenn die Finanzlage der Stadt Kassel nicht bald besser wird, sämtliche Schulen schließen, da keine Mittel mehr da sind, um die Heizungskosten bestreiten zu können. Und täglich gehen die Meldungen von solchen Katastrophenlagen der Gemeinden ein. Kürzlich meldete Dülken, daß man keine Staatssteuern abführen könne, und die Zinsen nicht zahlen könne. — Wie die Stadtverwaltung Wuppertal mitteilt, hat sich die Finanzlage so verschlechtert, daß eine Gewähr für eine ordnungsmäßige Durchführung des Betriebes aller Schulen nicht mehr möglich ist, weil die Mittel zur Beschaffung des Heizmaterials fehlen. Die Verwaltung hat deshalb bei der zuständigen Stellen beantragt, die Weihnachtsferien um 14 Tage zu verlängern. Damit dürfe allerdings nicht eine Verlängerung des Schuljahres verbunden sein.

Wann wird Hilfe kommen?

Hoffen wir zunächst einmal auf das kommende Jahr. Das Jahr 1932 war eine Enttäuschung. Man hat versucht, die Einnahmen der Gemeinde durch die Einführung von Bürger-, Bier- und Getränkesteuern „anzukurbeln". Die Steuerquelle hat versagt. Die Reichsüberweisungen sind zu dem von 1,6 auf 1,1 Milliarde gesunken. Insgesamt beträgt in den letzten drei Jahren der Einnahmerückgang der Gemeinden rund 74 Prozent. Die Gemeinden haben ihren Bedarf deswegen schon weit zurückgesteckt. Krankenhäuser, Theater wurden stillgelegt. Orchester abgeschafft, für die Erhaltung von Plätzen und Parks ist überhaupt kein Geld da . . . in den Städten brennen nur noch in den Straßen vereinzelt die Laternen, sind es Hoffnungsfünkchen, die hoffentlich bald zu neuem Licht erstrahlen werden?! Wir alle haben nur den einen Wunsch,

möge die Jahreswende eine Krisenwende bringen.

Aus der Umgegend.

Lowick

= **Aus dem Schuldienst.** Der Schulamtsbewerber Dr. Otto Martini wurde durch die Regierung in Münster einstweilig an der hiesigen Schule angestellt.

Herzebocholt

= **Hand- und Spanndienst.** Wie wir seinerzeit berichteten, hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 29. November ds. Js. die Einführung des Hand- und Spanndienstes beschlossen. Die betreffende Ordnung ist vom Landrat genehmigt worden und im Anzeigenteil vorliegender Nummer veröffentlicht.

Suderwick

h. **Weihnachtsfeier beim freiwilligen Arbeitsdienst.** Eine schöne Weihnachtsfeier mit Bescherung fand am Freitagabend im Arbeitslager Suderwick statt. Als Einleitung spielte die aus 12 Musikanten bestehende Isselburger Kapelle einen Marsch. Darauf hielt der Leiter des Arbeitsdienstes, Herr Mützelburg, eine Ansprache. Es folgten zwei Gedichte, vorgetragen von Gewerbeoberlehrer Zimmermann (Borken). Dann spielten einige Kameraden auf ihren Instrumenten Weihnachtslieder, in die kräftig eingestimmt wurde. Nach einer Weile erschien der Weihnachtsmann im Lager, der jeden Kameraden reichlich bescherte. Natürlich wurden auch die Untugenden der einzelnen Kameraden bekannt gegeben. Auch erfuhr man, was der Lagerleiter alles „verbrochen" hatte. Nachdem die Kameraden ihren herzlichen Dank für die schöne Feier ausgesprochen hatten, war die eigentliche Feier zu Ende. Bis gegen Mitternacht blieb man in froher Runde zusammen, wobei die Musikkapelle immer erneut Proben ihres Könnens gab. Noch lange werden die Kameraden an die schöne Feier zurückdenken, die sie im Arbeitsdienstlager in Suderwick erlebt haben.

Anholt

i. **Für Hygiene im Obdachlosenheim.** Im hiesigen Obdachlosenheim fanden sich jüngst zwei Tippelbrüder ein. Da nun dem einen der beiden Gesellen die Luft nicht ozon- und sauerstoffreich genug dünkt, tritt er nachts in nachdrücklicher Betonung seiner Forderung auf kurhausähnliche, moderne hygienische Verhältnisse im Obdachlosenasyl die Türfüllung ein und verschwindet. Sein Kumpan lehnt am folgenden Morgen jede Verantwortung für den Vandalismus ab, da er auf seinen Protest hin mit „Knochenkaputschlagen" bedroht worden sei. Bald danach hat man aber den Missetäter erwischt. Er erklärt sich schließlich bereit, den angerichteten Schaden ratenweise und zu einem noch nicht bestimmbaren Zeitpunkt ersetzen zu wollen, denn in echt patriotischer Gesinnung will er dem Staate Aerger, Arbeit und unnütze Kosten ersparen. Nichtsdestoweniger findet es unsere Polizeibehörde für richtiger, dem fanatischen Hygieniker auf drei Wochen freie Unterkunft und Verpflegung auf Staatskosten zu besorgen. Aus Dankbarkeit schickt der liebe Wanderbursche der hiesigen Polizeibehörde eine höflichst abgefaßte Karte aus dem Gefängnis. Uebrigens ist letzterer in der Tippelbrüdervereinigung eine höchst einflußreiche Persönlichkeit, da er nach seinen eigenen Angaben im Vorstand besagten Vereins Sitz und Stimme hat und erst vor kurzem an einer Vorstandssitzung in Dresden teilgenommen haben will, in der „Fragen entscheidender Bedeutung für die gesamte Zunft in seinem Sinne gelöst" wurden.

Dingden

e. **Krankheit bei Lampens.** Schon in diesem Herbst mußten einige Jäger der Jagdbezirke in Dingden die Beobachtung machen, daß es gesundheitlich mit Meister Lampe äußerst schlecht bestellt war. Viele Landwirte fanden auch später auf den Aeckern bei ihrer Landbestellung mitunter tote Hasen, die an der Unterseite eine Menge von Geschwüren trugen, an denen sie anscheinend eingegangen waren. Nach der Aussage von Sachverständigen handelt es sich um die Pseudo-Tuberkulose, die sich leicht weiter verbreitet und der Gesundheit des sonst so zähen Mümmelmann stark zusetzt. Hoffentlich verschwindet diese Seuche recht bald wieder, sonst ist es um den Bestand an den Artgenossen der lieben Hoppelhasen sehr schlecht bestellt; den auch jetzt hören die genannten Funde nicht auf. Ueberhaupt ist unser Jagdgebiet ein Gegenstand ernster Sorge. Die vor einigen Wochen gemeldeten Schäden, die durch das kleine Wiesel verursacht werden, werden auch von den Landwirten bestätigt. Im benachbarten Ringenberger Gebiet mußte ein Jäger die traurige Tatsache feststellen, daß die Wiesel im Laufe des Sommers ungefähr 25 Fasanen getötet hatten. Der Schaden ist um so größer, da es sich meistens um brütende Hennen gehandelt hat, die von den kleinen blutgierigen Räubern auf dem Neste überfallen und getötet worden sind. Gleichzeitig sind mit den Hennen die Gelege dem Untergang geweiht, was dann doppelt schmerzlich ist. Wenn darum der Jäger dem Raubzeug über und unter Tage den Kampf ansagt, so ist das für die Jagd und deren weitere Umgebung eine große Wohltat, die sich im nächsten Jahre gut bezahlt macht.

Turnen / Sport / Spiel

Propagandaspiel in Hamminkeln.

Ehemaliger Fußballstolz — D. J. K. Rasensport 4:7.

Vor einigen hundert Zuschauern fand ein sehr interessantes Spiel statt. Von den ehemaligen Fußballern gefiel am besten der Torwart Wittern, er hat bewiesen, daß er noch nichts verlernt hat und andere noch von ihm lernen können. Grüttgen, von dem man am meisten erhofft hatte, war überall und nirgends, Tiefenbach und Michelbrink haben noch ihre alten Fehler, indem sie nicht eher den Ball abgaben, bis es gar nicht anders mehr ging. Die Verteidigung zeigte noch etwas Können, doch das Ballsichere fehlte. Die Läuferreihe war richtig alt und müde.

Schon nach einigen Minuten kam es durch eine Flanke des Rechtsaußen, die der Linksaußen verwandelte, zu dem Führungstreffer der Ehemaligen. Man glaubte schon an einen hohen Sieg der Alten. Durch großen Eifer gelang es der D. J. K.-Mannschaft, nicht nur den Ausgleich zu erzielen, sondern bis zur Halbzeit mit 4:2 in Führung zu gehen. Während der Halbzeit wurden die Alten durch Fräulein Kamps mit Kaffee und Gebäck gestärkt. In der zweiten Halbzeit zeigte sich das nämliche Bild. Die Alten technisch besser, aber die D. J. K. machte dieses durch Eifer wett. Der Torwart der D. J. K. muß noch viel ballsicherer sein, er konnte von seinem Gegenüber noch viel lernen. Der linke Läufer muß das rauhe Spielen sein lassen. Immerhin: technisch waren die alten Spieler besser, der nasse Platz trug zu der Niederlage bei. Die Ehemaligen werden Ostern ein Rückspiel verlangen. Der Schiedsrichter Terörde war unparteiisch; er mußte und durfte nicht alles sehen.

Aus der Deutschen Turnerschaft

Kleiner Gauturntag des Rhein-Lippe-Gaues.

Die traditionelle Zusammenkunft der Vereinsleiter des Rhein-Lippegaues, die jährlich einmal stattfindet, fand am letzten Sonntag im schönen Vereinshaus des Weseler Turnvereins von 1860 statt. Mit einer durch Krankheit begründeten Entschuldigung waren alle Vereinsvorsitzenden nach Wesel geeilt, um in einigen Stunden ernster Zusammenarbeit Meinungen und Gedanken zu tauschen und neues Rüstzeug für die Kleinarbeit daheim zu gewinnen.

Nach kurzen Begrüßungsworten des 1. Gauvertreters, Tbr. Berkenkamp ging man in das eigentliche Arbeitsgebiet der Tagung. Gaugeschäftsführer Golisch hielt zunächst einen Vortrag über Bestanderhebungen. Seine Worte galten insbesondere einer sorgfältigen Bestandsmeldung, damit der Rhein-Lippe-Gau auch die Stellung innerhalb des Kreises bekomme, die ihm auf Grund seiner Mitgliederzahl zusteht. Gaujugendwart Buchloh fand warme Worte für die Jugend. Sein Vorschlag, durch Vorträge in den einzelnen Vereinen die Jugend zu gewinnen und dadurch enger mit dem Gedanken der D. T. zu verbinden, fand allgemeine Zustimmung. Der Punkt: „Freiwilliger Arbeitsdienst" gab Veranlassung zu einer sehr lebhaften Aussprache. Alle Erschienenen waren der Ansicht, daß mehr noch als bisher durch den Freiwilligen Arbeitsdienst Werte für die Turn- und Sportbewegung geschaffen werden müssen. Das Thema: „Wehrsport" gab wieder Veranlassung zu einer sehr lebhaften Aussprache. Wenn auch im Streit der Meinungen die Gemüter warm wurden, so fand man sich doch schließlich wieder auf gemeinsamer Basis. Das Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart fand in Tbr. Merkenkamp einen guten Werber. Hoffentlich gelingt es dem Gaue, durch Beschaffung verbilligter Fahrgelegenheit möglichst vielen Gaumitgliedern den Besuch des Festes zu ermöglichen. Gelingt der Anschluß an einen Sonderzug aus dem Ruhrbezirk, so dürften sich die Fahrkosten auf etwa 22—25 Mark stellen. Nach Erledigung kurzer Anfragen der Vereinsleiter durch den Gauvorstand fand die Tagung nach 4½stündiger gemeinsamer Arbeit ihr Ende. — Während des kleinen Gauturntages hatten sich in einem anderen Lokal auch die Vereinskassenwarte versammelt, um unter der Leitung des Gaukassenwartes G. Rademacher (Bocholt) ihre Erfahrungen auszutauschen. Auch hier herrschte volle Einmütigkeit über alle Kassen- und Unfallfragen.

Vom Niederrhein.

Isselburg

r. **Weidmannsheil.** Herrn Bernhard Hormann gelang es, in der hiesigen Jagd einen Marder zu erlegen, der nicht weniger als 26 Pfund wog.

r. **Einen schweren Verlust** erlitt am zweiten Weihnachtstag die Schuhmacherzwangsinnung Isselburg-Haldern-Millingen-Brassell, indem ihr der Ehrenobermeister Johann Furtmann im Alter von 78 Jahren durch den Tod entrissen wurde. Gar mancher Geselle wird sich des Obermeisters erinnern, bei dem er seine Prüfung ablegte. Möge ihm die Erde leicht sein.

r. **Weihnachtsfeier.** Am zweiten Weihnachtstage veranstaltete der Evangelische Arbeiterverein in der Kaiserhalle seine Weihnachtsfeier. Der Posaunenchor eröffnete die Feier durch einen Choral. Nach dem gemeinschaftlichen Liede „Dies ist der Tag" begrüßte der Vorsitzende die zahlreich Erschienenen. Dann folgte ein dreistimmiger Kinderchor. Nach zwei Prologen, von Schülern vorgetragen, nahm Pfarrer Hübner das Wort und sprach über die Weihnachtssitten und -gebräuche, wie sie entstanden und wie sie heute sind. Es folgte ein Singspiel, ausgeführt von Kindern der Mitglieder unter Leitung von Lehrer Schmitt. Noch zwei Gedichte, und dann stieg die Verlosung, die manche Ueberraschungen brachte. Es schloß sich die Bescherung der Kinder an, die sehr reichhaltig war. Der Vorsitzende dankte allen, die zum Gelingen der Feier beigetragen haben, besonders Pfarrer Hübner und Lehrer Schmitt mit seiner Kinderschar und dem Posaunenchor.

Loikum

h. **Weihnachtsfeier des Jünglingsvereins.** Am Abend des zweiten Weihnachtstages fand im Saale Busch die Weihnachtsfeier des Jünglingsvereins statt. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Feier wurde vom Vorstandsmitglied Joh. Overkamp mit einem Willkommensgruß eröffnet; er übergab das Präsidium des Abends an den Präses, Herrn Pfarrer Overmeyer. In recht humorvoller Weise wurde dieses Amt ausgeführt. Der Präses dankte allen Gläubigen der Gemeinde für die starke Beteiligung bei der kirchlichen Feier an den Weihnachtstagen und gab seiner Freude Ausdruck, daß man an den außerkirchlichen Feiern so reges Interesse bekunde. Nachdem mehrere Weihnachtslieder gemeinsam gesungen waren, wurde ein Theaterstück aufgeführt. Alle Spieler entledigten sich ihrer Aufgabe in bester Weise, was durch den starken Beifall am Ende eines jeden Aktes bewiesen wurde. Schöne Kostüme und die neu dekorierte Bühne boten herrliche Bilder. In den Pausen erklangen immer wieder schöne Weihnachtslieder. Nach dem 5aktigen Ritterschauspiel „Die Marienritter" kam auch der Humor auf den Brettern zur Geltung. Das von dem Mitglied Bernh. Bongert vorgebrachte zeitgemäße Couplet „Es ist zwar nicht schlimm, aber man merkt es doch gleich" erntete großen Beifall. Auch das nun folgende Lustspiel „Michel als Schützenkönig" löste stürmische Lachsalven aus. Mit einem humorvollen Dankeswort, das der Präses an alle Spieler und die Spielleitung richtete, fand die Feier ihren Abschluß.

Ringenberg

ö. **Weihnachtsabend der kath. Gemeinde.** Am zweiten Weihnachtstag wurde im Rittersaale eine Weihnachtsfeier für die kath. Gemeinde veranstaltet. Der Einladung des Pfarrektors folgend hatten sich zahlreiche Katholiken unserer Gemeinde und des benachbarten Dingden-Berg eingefunden. Es war ein Programm aufgestellt, das alle Anwesenden befriedigte und erbaute. Vor der Krippe des Jesuskindes sang man die schönen alten Weihnachtslieder, hörte man Weihnachtsgedichte und erbaute man sich an den lieblichen Engel- und Kinderreigen der Schulkinder. Den Schluß bildete ein etwa einstündiges Theaterstück, betitelt: „Die fröhlichen drei Könige" von Heinz Steguweit. — Die Vorführungen waren alle abgestimmt auf den Leitgedanken, der uns in dieser notvollen Weihnachtszeit beherrschen muß: Dem Jesuskinde dienen heißt Liebe erweisen an jedem, besonders an den Kindern der Armen.

Calcar

§ **Calcarer Eierversteigerung vom 28. Dezember 1932.** Es kosteten: Sonderklasse 9.50—10 M, Klasse a) 8.50—9.50 M, Klasse b) 8—8.50 M, Klasse c) 7—7.60 M, Klasse d) 6—7 M. Tendenz: schlechte Nachfrage bei weiter sinkenden Preisen.

Geschäftliches.

Eine Fünftel-Milliarde = 200 Millionen Reichsmark in 8 Jahren in einer Zeit stärkster Wirtschaftskrisen! Wenn es noch eines Beweises der Leistungsfähigkeit der größten deutschen Bausparkasse, der Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg bedurfte, so ist er damit erbracht: die G. d. F. finanzierte bis heute 13 666 Bausparer-Eigenheime mit 200 Millionen Reichsmark und zwar ganz aus eigenen Mitteln ohne jede fremde Hilfe.

Mühe und Arbeit war dein Leben
Ruhe hat Dir Gott gegeben.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute morgen gegen 10½ Uhr meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau Franz Lehmkuhl

Marianne geb. Bußhusen

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie starb nach längerer Krankheit, wohlvorbereitet durch einen echt christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 75 Jahren.
Um ein frommes Gebet und stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Altrhede, Recklinghausen, den 28. Dezember 1932.

Das heilige Seelenamt findet statt am Samstag, dem 31. Dezember, morgens 8¼ Uhr, in der St. Josefskirche, danach die Beerdigung von der Kirche aus, wozu frdl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Brieftauben-liebhaber!

Achtung!

Herr Engels aus Aachen, einer der besten deutschen Züchter, klassifiziert vom 29.—30. Dezember in Bocholt. Auf Wunsch Zusammenstellen von Zuchtpaaren. Näheres beim Sportfreund [9418h
Leo Reidik, Nordstr.

Eine Partie (9380
Obstbäume
gegen Heu und Stroh sowie Rüben zu tauschen gesucht.
H. Benning,
Baumschule,
Mussum 138.

Gebrauchtes
Sofa und Nähmaschine
zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebrauchte
Pfaff-Nähmaschine
zu verkaufen.
Königsmühlenweg 18.
1797g]

Kurzwaren!

BILLIG! BILLIG! BILLIG!

8 Pfg.	10 Pfg.	12 Pfg.	18 Pfg.	25 Pfg.
1 Nadelmappe	4 Kart. Heftzwecken	10 m Nahtband	1 P. Schweißblätter	2,30 m Feston
3 * Leinenzwirn	1 Kart. Mangelknöpf.	3 Dtz. Sicherheitsn.	10 Roll. Seidenstopftwist	5 m Barmerbogen
1 Dtz. Haarklammern	1 Frotté-Waschlapp.	1 Stck. Gard.-Kord.	1 Dtz. Kragenknöpf.	8 Knäuel bw. Twist
4 „ Hosenknöpfe	1 Stopfpilz	1 Paar Gummibiesen	1 Wischtuch	7 „ Seidentwist
1 Staubtuch	6 Kragenknöpfe	1 Staubtuch	1 Nadelmappe	1 Gummischwamm
3 Pak. Stecknadeln	1 Pak. Sticknadeln	1 Taschenkamm	5 Lot Wolle	1 Paar Sockenhalter
5 Stück Kreide	3 m Gummilitze	1 P. Mansch.-Knöpfe	1 Rollbandmaß	1 „ Strumpfhalter
1 Zentimetermaß	1 Kart. Patentknöpf	1 Dtz. Hosenschnall.	100 gr Stahlstecknadeln	1 Lage Baumwolle
24 Sicherheitsnad.	1 Kopierrädchen	5 Dtz. Agathknöpfe	1 Nadelbüchse	3 m Gummilitze m. Jo-Jo
3 P. Schnürriemen	2 Stck. halbl. Band	1 „ Perlmutknöpfe	1 Herrenkamm	1 Wischtuch

Beachten Sie unsere Fenster.

Wwe. Aug. Meyer, Markt 4

9423

Nachruf.

Nach kurzer Krankheit starb am 24. Dezember im jungendlichen Alter von 18 Jahren unser Schlosser

Herr Heinrich Weikamp.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen überaus strebsamen, pflichttreuen Arbeiter und lieben Kollegen, dem wir stets ein ehrenvolles Gedenken bewahren werden. 9416e

Die Inhaber, Angestellten und Arbeiter der Firma A. Friedr. Flender & Co.

HERZEBOCHOLT

Ordnung

betreffend die Leistung von Hand- u. Spanndiensten in Bezirke der Gemeinde Herzebocholt.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung Herzebocholt vom 29. November 1932 wird hiermit in Gemäßheit des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1893 nachstehende Ordnung betreffend die Leistung von Hand- und Spanndiensten in der Gemeinde Herzebocholt erlassen:

§ 1.

Nach Maßgabe dieser Ordnung sollen in der Gemeinde Herzebocholt Gemeindesteuerpflichtige zur unentgeltlichen Leistung von Hand- und Spanndiensten und zwar:

a) zu Handdiensten für alle Unternehmungen, welche von der Gemeinde ganz oder zum Teil finanziert werden;

b) zu Spanndiensten für sämtliche durch die Gemeinde zu leistenden Fuhren einschließlich derjenigen, die zum Transport der Feuerspritzen, Beiwagen und anderer gemeinschaftlicher Feuerlöschgeräte erforderlich sind, im Reihendienst verpflichtet sein.

§ 2.

Hand- und Spanndienste sind von den Gemeindesteuerpflichtigen nach Maßgabe dieser Ordnung zu leisten und zwar in folgendem Verhältnisse:

a) Spanndienste: bei einer bewirtschafteten Fläche von 10 bis 20 Morgen = 1 Spanndienst, für jede weiteren angefangenen 20 Morgen 1 Spanndienst mehr.

b) Handdienste: bei einer bewirtschafteten Fläche von weniger als 10 Morgen, auch der Steuerpflichtigen ohne eine solche, 1 Handdienst. Ein Handdienst bezw. Spanndienst stellt eine tatsächliche Tagesleistung von acht Stunden dar. Wald- und Oedlandflächen kommen mit der Hälfte der vorstehenden Sätze für die Leistung von Hand- u. Spanndiensten in Anrechnung. Zu Handdienstleistungen dürfen nur volle Arbeitskräfte gestellt werden.

Die Spanndienste sind als Handdienste zu bewerten in der Weise, daß die Leistung eines Pferdes derjenigen von 3 Handdienstpflichtigen gleichgestellt wird.

Die Führer des Gespannes sind verpflichtet, beim Auf- und Abladen der Materialien Mitarbeit zu leisten.

Die Hand- und Spanndienstpflichtigen sind gehalten, die für den Dienst erforderlichen Gerätschaften und Fahrzeuge mitzubringen.

§ 3.

Die Heranziehung zu Hand- und Spanndiensten erfolgt durch Beschluß des Gemeindevorstehers nach einem von ihm aufgestellten Plane im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung.

Der Vorsteher bestimmt auch im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung, zu welcher Zeit und in welcher Ordnung die Hand- und Spanndienste zu leisten sind; ferner ob gegebenenfalls und welcher Pflichtiger an Stelle der Spanndienste Handdienste im Sinne des § 2 Absatz 2 zu leisten hat. Nach Bedarf ist der Gemeindevorsteher auch berechtigt, die Pflichtigen zu Botendiensten heranzuziehen und die auf diese Weise abgeleisteten Stunden auf die Hand- und Spanndienste in Anrechnung zu bringen.

§ 4.

Die Gemeindevertretung beschließt in jedem Einzelfalle, ob und welche Leistungen auf Grund dieser Ordnung erfolgen sollen, und setzt zu Beginn des Rechnungsjahres den im § 5 bezeichneten Geldbetrag fest.

§ 5

Bleibt ein Pflichtiger mit der Leistung der Dienste im Rückstande, so ist anstatt deren der festgesetzte (§ 4) Geldbetrag an die Gemeinde zu entrichten, die die Dienste durch Dritte ausführen und den Geldbetrag auf Grund des § 90, Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes beitreiben läßt.

§ 6.

Gegen die Heranziehung zum Hand- und Spanndienst steht den Pflichtigen das Rechtsmittel des Einspruches zu, das binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen von dem auf die Zustellung der Aufforderung zur Leistung folgenden Tage ab gerechnet, beim Gemeindevorsteher einzulegen ist.

Ueber den Einspruch beschließt der Gemeindevorsteher. Gegen dessen Beschluß steht dem Pflichtigen innerhalb zwei Wochen nach dem Tage der Zustellung des Bescheides die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen.

Durch den Einspruch wird die Verpflichtung zur Leistung der geforderten Dienste nicht aufgehoben. (9420

§ 7.

Vorstehende Anordnung tritt mit dem 1. Januar 1933 in Kraft.

Bocholt,
Herzebocholt, den 29. November 1932.

Der Bürgermeister: Blume. **Der Gemeindevorsteher:** Schlütter.
(L. S.)

Genehmigt
Borken i. W., den 15. Dezember 1932.
Namens des Kreisausschusses
Der Vorsitzende: gez. Dr. Cremerius.
(L. S.)

Veröffentlicht!
Bocholt, den 23. Dezember 1932.
Der Bürgermeister: Blume.

Tanz-Kursus

im Lindenhof. Beginn Montag, den 2. Jan., abends 8 Uhr. Sonderhonorar. Gefl. Anmeld im Lindenhof und am Unterrichtsabend

Tanzschule Laaths-Potthoff.

Frisch eingetroffen!

Dickrück., engl. **Matjesheringe**	St	0.25
Holl. Vollheringe	St.	0.10
„ „ selbsteingelegt	2 St.	0.25
Feinst. frisch geschnitt. **Rheinlachs**	¼ Pfd.	0.75
„ geschnittener **Seelachs**	¼ Pfd	0.40
Echter **Rheinaal** (leicht beschäd.)	¼ Pfd.	0.40
Appetithappen	¼ Pfd.	0.20
Bismarckheringe in Majonaise	¼ Pfd.	0.25
Echte holländische **Sardellen**	¼ Pfd.	0.25
Appels Majonaise	¼ Pfd.	0.25
Selbstgem. Heringssalat	¼ Pfd	0.25
„ **Fleischsalat**	¼ Pfd.	0.35
„ **Sülze**	¼ Pfd.	0.25
„ **Sülzkoteletts**	Stck.	0.45
Feinste Fleischsülze	p. Pfd.	0.45

Echte Kieler Bücklinge u Sprotten, Bismarckheringe, Rollmöpse, Hering in Gelee, **Oelsardinen, Krebsfleisch** sowie sämtliche **Fischkonserven** billigst.

Delikatessenhaus E. Riepenhoff
Ostermarkt 41. Telefon 2488.

SUDERWICK

Bekanntmachung

Der Weber Johann Boland zu Spork hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Suderwick belegenen Grundstücke Flur P Parzelle 1497/175 der Katastergemeinde Suderwick beantragt. (9419

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 25 August 1876 / 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei der Genehmigungsbehörde, dem Kreisausschuß Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch durch Tatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei gefährden werde.

Suderwick, den 16. Dezember 1932.

Der Gemeindevorsteher:
Benderbosch.

Für die langen Winterabende!

„Tabuletta"

Brett-Fußball

Zum Preise von RM. 1.— zu haben in unserer Geschäftsstelle:

Realschulstraße 14.

Heute frischen Fisch, Bückinge und Sprotten

5% **Hill** 5%

Kreuz Erschöpft?

Die Hast der Zeit greift Sie mehr als je an, und dabei geht kostbare Nervensubstanz verloren. Es gibt gegen Nervosität, Erschöpftsein, Mattigkeit und sonstige Schwächezustände nichts besseres als Doppelherz. Verblüffende Erfolge. Probefl. RM 1,95, Originalfl. RM 3,70 u. RM 4,65, Doppelherz-Dragees RM 1,50.

Zu haben:

Drogerie Bruns
Nordstraße 22. **Ruf 2746.**

Achtung!

Am Freitagmorgen, ab 7 Uhr, verkaufe ich bei der **Kafferösterei Imping,** Nobelstr. u Samstags b. **Bußhaus am Güterbahnhof**

Ia. junge Schweine

zu äußersten Preisen. [1306e

Heinrich Artz, Spellen.

Eine (1796g
Federkarre
eine hohe
Karre
und ein mittelschw
Wagen
hat billig abzugeben
Bernh. Rülfing,
Crommert 40.

Guterhaltener
Tiefbau-Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preisangabe erbeten unt. Nr. 9415 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Im Zentrum der Stadt ist ein schönes
Ladenlokal
mit einigen **Nebenräumen** evtl. sofort zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds Bl.

Suche für meine Schwester, Frau Wwe Triep, bessere
Wohnung
4—5 Zimmer, Küche Mansarde [94?5]
Fritz Reygers,
Ostwall 21
Fernruf 3351

Kinderloses Ehepaar sucht [1795]
3-4 Zimmerwohnung
z. 15. 1. 1933. Preis nicht über 25 RM Miete kann 2—3 Monate im voraus bezahlt werden.
Offerten erbeten unt Nr. 1795 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

In besserem Hause
Parterre-Wohnung 94225
bestehend aus 3 Zimmern u. Nebenraum zu vermieten.
Wo? ist zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Bl

---

4 Zimmer und Küche
zum 1. Februar zu vermieten [1794
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Freundl. möbliertes
Zimmer
m. gut. **Verpflegung** zu vermieten.
Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein norddeutsch. Textilunternehmen (Baumwolle) sucht eine Anzahl erstklassiger

Zwirner oder Zwirnerinnen.

Bewerbungen sind erbeten unter Nr. 9417 an die Gesch. ds. Bl.

KYFFHÄUSER TECHNIKUM
FÜR INGENIEURE U. WERKMEISTER
BAD FRANKENHAUSEN
EIG. FLUGPLATZ · PROGRAMM KOSTENLOS

Aus Westdeutschland.

Reichsratsbevollmächtigter Gilsing aus dem Bochumer Magistrat ausgeschieden.

◇ **Bochum**, 27. Dezember.

Die besoldeten Stadträte Brauns (SPD.) und Gilsing (Ztr.) sind seit einigen Tagen aus ihren Stellungen, die sie seit 1919 bezw 1920 inne gehabt haben, nach einer für sie beleidigenden Bemerkung des Oberbürgermeisters Ruer auf eigenen Antrag ausgeschieden. Beide waren erst im September vergangenen Jahres bezw. im April dieses Jahres vom Stadtverordnetenkollegium auf weitere 12 Jahre wiedergewählt worden. Der aus dem Arbeiterstande hervorgegangene, gegenwärtig gesundheitlich nicht in bestem Zustand befindliche Stadtrat Gilsing, der bekanntlich auch zweiter Vorsitzender der Westfälischen Zentrumspartei und Bevollmächtigter der Provinz Westfalen für den Reichsrat ist, leitete das Wohlfahrtsamt, während dem schon 72 Jahre alten Stadtrat Brauns die Leitung des städtischen Schlacht- und Viehhofes, der Badeanstalt und des Fuhrparks unterstand.

Feuer in einem Hotel.

◆ **Wesel**, 28. Dezember.

Nachts bemerkten Straßenpassanten aus den oberen Räumen des Hotels Escherhaus auf der Bahnhofstraße Flammen herausschlagen. Der benachrichtigte Wirt alarmierte sofort die Feuerwehr, und es wurde festgestellt, daß in einem Abstellraum der 1. Etage Feuer ausgebrochen war, das sich bereits auf die danebenliegenden Räume ausgebreitet hatte. Da der vordere Teil des Gebäudes aus Holz besteht, griff das Feuer schnell um sich, so daß die Feuerwehr hier wenig retten konnte. Ein Teil der Zimmereinrichtungen wurde vernichtet oder zum Teil schwer beschädigt. Das angrenzende massive Gebäude blieb von den Flammen verschont. Ueber die Ursache des Brandes konnte noch nichts festgestellt werden; es wird fahrlässige Brandstiftung angenommen.

Der „Attentäter" von Doorn nach Cleve überführt.

◇ **Cleve**, 28. Dezember.

Der „Attentäter" von Doorn, Heinrich Fuecker aus Neuß, der sich im Emmericher Amtsgefängnis in Haft befand, ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft nach Cleve überführt und in das hiesige Landgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Gutshof in Flammen.

Rees, 28. Dezember.

Auf einem Gutshof in Empel brach am zweiten Weihnachtstage Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Geräteschuppen, Scheune und Stall bildeten in kurzer Zeit ein Flammenmeer, aus dem das Angstgeschrei der Tiere drang. Neben der gesamten Ernte, mehreren Wagen und Geräten verbrannten 10 Stück Rindvieh. Das angrenzende Wohnhaus konnte gerettet werden. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend. Ueber die Entstehungsursache konnte noch nichts ermittelt werden.

Praktische Arbeitsbeschaffung westdeutscher Textilfabriken.

Gladbach-Rheydt, 28. Dezember.

Schon vor kurzem wurden die Absichten laut, die Feingarnspinnerei Ortmann, Mühlen u. Rattermann in Korschenbroich zum Januar wieder in Betrieb zu bringen. Diese Meldung von einer erfreulichen Besserung in der Wirtschaftslage der westdeutschen Textilindustrie kann insofern ergänzt werden, daß auch die Tuchfabrik der Firma Tiggeler u. Co. in M.-Gladbach weitergeführt werden wird. Die Firma ist seit Beginn des vorigen Jahres insolvent. Die Anlagen sind vor kurzem auf die Spinnerei und Weberei Schwarz u. Klein in Jüchen übergegangen, welche die Gladbacher Tuchfabrik durch eine soeben begründete neue Firma Schwarz u. Klein, G. m. b. H., Tuchfabrik in Gladbach-Rheydt, weiterbetreiben wird.

Ein neuer Direktor der Krefelder Verkehrsunternehmungen.

Krefeld, 28. Dezember.

Der Aufsichtsrat der Krefelder Verkehrs-A.-G. hatte beschlossen, eine Betriebsgemeinschaft mit der Krefelder Eisenbahn-A.-G. herzustellen. Die Leitung sollte der Krefelder Eisenbahn-A.-G. übertragen werden. Die entsprechenden Maßnahmen personeller Art wurden inzwischen abgeschlossen. Direktor Straßburger von der Krefelder Eisenbahn-A.-G. ist mit der Leitung der Betriebsgemeinschaft betraut worden. Damit sind die Geschicke der beiden betrieblich zusammengefaßten Unternehmungen in die Hände eines Fachmannes gelegt worden, der durch seine organisatorischen Fähigkeiten schon von sich öfter reden machte. Direktor Straßburger tritt sein neues Amt am 1 Januar an. Der Vertrag mit dem bisherigen Direktor der Krefelder Verkehrs-A.-G., Albert, ist zum 1. Juli 1933 gekündigt. Direktor Albert tritt jedoch schon mit dem 1. Januar in den Ruhestand.

Schaufenstersturm in der Christnacht.

Nationalsozialisten als Fensterstürmer?

Düsseldorf, 28. Dezember.

In der heiligen Nacht, zwischen 12 und 1 Uhr, also mitten in der Friedensnacht, versuchten junge Burschen, das Schaufenster des Düsseldorfer Zentrumsblattes einzutreten. Als ihnen dies nicht gelang, hoben sie einen schweren Kanaldeckel aus und schleuderten ihn mit großer Wucht gegen die Rollade einer Schaufensterscheibe. Die Rollade ging in Trümmer, mit ihr die Scheibe. Augenzeugen erklären, daß die gemeine Tat von Nationalsozialisten in Uniform verübt wurde. Auch andere Umstände weisen darauf hin, daß die Täter auf dieser radikalen Seite zu suchen sind. Die Zeit und Stunde, in der diese „mannesmutige Heldentat" vollbracht wurde, läßt genügend erkennen, wes Geistes Kind diese „Heldensöhne" sind, ohne nur zu kostbare Worte der Entrüstung zu verschenken.

Ein Raubüberfall mit Pfeffer.

Düsseldorf, 28. Dezember.

In den frühen Morgenstunden des zweiten Weihnachtsfeiertages erschien in der Jahnstraße an der Wohnungstür eines Geschäftsinhabers ein unbekannter Mann unter dem Vorwand, eine Kerze kaufen zu wollen. Als der Geschäftsmann die Tür öffnete, um dem Fremden die Kerze zu verabfolgen, warf dieser dem Kaufmann eine Handvoll Pfeffermehl ins Gesicht. Den Augenblick des Schreckens bei dem Ueberfallenen benutzte der Täter dazu, eine im Ladenlokal erreichbare Geldkassette mit über 200 M Inhalt zu stehlen und damit zu flüchten. Der Dieb entkam unerkannt.

12 000 in der Weihnachtsmette im Kölner Dom.

Köln, 28. Dezember.

Die Mitternachtsmesse im Kölner Dom hatte in diesem Jahre eine besonders starke Anziehungskraft auf die Gläubigen ausgeübt. In den fünf Schiffen des weiten Gotteshauses standen die Scharen Kopf an Kopf. Ueber 12000 Besucher nahmen an dem feierlichen Gottesdienst teil.

Er verkaufte Zivilversorgungsschein gegen Droschkenkonzession.

Köln, 28. Dezember.

Ein Polizeiwachtmeister erhielt nach zwölfjähriger Dienstzeit einen Zivilversorgungsschein, den er gegen eine Droschkenkonzession umtauschte. Diese übergab er einem Droschkenbesitzer, der ihm 1000 M Entschädigung und Einstellung in seinen Betrieb versprach. Durch eine Klage am Kölner Arbeitsgericht verlangte der ehemalige Wachtmeister von dem Droschkenbesitzer 1000 M und eine angemessene Entschädigung, weil die Einstellung nicht erfolgt war. Der Beklagte bestritt, daß irgendein Arbeitsverhältnis, für das das Arbeitsgericht zuständig sei, vorgelegen habe. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Uebertragung einer Droschkenkonzession nur mit Genehmigung des Polizeipräsidenten zulässig sei. Es dürften aber dafür keine Vorteile verlangt werden. Der Kläger machte geltend, er habe sich in großer Notlage befunden und deshalb die Konzession verkauft, um sich von dem Erlös eine Existenz zu gründen. Der Beklagte wandte demgegenüber ein, er habe dem Kläger wiederholt kleinere Beträge, Kleider, Wäsche usw. gegeben. Das Gericht bemühte sich um einen Vergleich, da der Kläger doch nicht das einzig Wertvolle, was er besitze, für einen Apfel und ein Stück Brot abgeben könne. Der Vergleich kam zustande, indem der Beklagte dem Kläger noch 250 M zubilligte.

34 Millionen Mark Fehlbetrag in Köln.

× **Köln**, 28. Dez.

Die Stadtverwaltung gibt jetzt den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1931/32 bekannt, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 349,5 Mill. RM. balanziert. Von dem Gesamtzuschußbedarf von rund 111 Mill. RM. entfallen 43,3 Proz. auf die Wohlfahrtslasten. Im einzelnen entfallen von den Wenigereinnahmen 5,1 Mill. RM. auf eigene Steuern 6,7 Mill. RM. auf Ueberweisungssteuern und 4,1 Mill RM auf die Ablieferung der städtischen Werke. Die Wohlfahrtslasten erforderten einen um 5,7 Mill. RM. über den Etatansatz hinaus erhöhten Zuschuß. Zusammen mit den noch ungedeckten Fehlbeträgen aus den Vorjahren ergibt sich am Ende des Rechnungsjahres 1931/32 ein Gesamtfehlbetrag von rund 34 Mill. RM

Franz Bellinghausen †

❦ **Königswinter**, 28. Dezember.

Am Dienstag starb im Alter von 74 Jahren Franz Bellinghausen, der Besitzer des bekannten Gasthauses, das er selbst gegründet und fast 50 Jahre lang geleitet hat. Aus kleinen Anfängen heraus hat Franz Bellinghausen, der auch Weinberge besaß, sein Haus zu großem Ansehen gebracht. In mehr als 25jähriger Tätigkeit als Stadtverordneter hat er sich manches Verdienst erworben. Vor allem war er und sein Haus beliebt bei der Bonner Studentenschaft. Obwohl er seit einigen Jahren leidend war, hat Bellinghausen noch bis zu seinem Tod mit Unterstützung seines Sohnes sein Geschäft selbst geführt.

Bürgermeister von Traben-Trarbach verhaftet.

❦ **Traben-Trarbach**, 28. Dezember.

Bürgermeister Schmidt von Traben-Trarbach wurde im Auftrage des Staatsanwaltes verhaftet und nach Koblenz zur Untersuchung überführt. Wie schon berichtet, werden ihm größere Veruntreuungen am städtischen Vermögen zur Last gelegt.

Gegen den bisherigen Bürgermeister Eduard Schmidt wurde, wie die K. V. ausführlicher zu berichten weiß, wegen Unterschlagungen und Urkundenfälschung Haftbefehl erlassen. Er war früher Oberbürgermeister von Hörde. Von der dortigen sozialdemokratischen Mehrheit nicht wiedergewählt, kam er 1925 nach Traben-Trarbach als Bürgermeister. Vor vier Wochen legte er auf Veranlassung des Landrats seine Stelle nieder. Nachprüfungen ergaben große Unregelmäßigkeiten; er hat sich jahrelang höhere Gehaltsbezüge angewiesen, als ihm zustanden; er ließ sich bei Bestellungen und Anleihen für die Stadt Provisionen in auffallender Höhe geben; eine ihm — merkwürdigerweise — bewilligte Gehaltserhöhung von jährlich 3000 M wurde ihm auf seine Anweisung hin vom städtischen Licht- und Wasserwerk unberechtigt auf zwei Jahre rückwirkend ausgezahlt. Die Veruntreuungen werden nach den bisherigen Feststellungen auf 60 000 M geschätzt. Die Unterschlagungen sind um so auffallender, als er einschließlich seines Ruhegehaltes von Hörde ein Jahreseinkommen von etwa 20 000 M hatte; da er zudem nicht über seine Verhältnisse zu leben schien, brachte man ihm, wenigstens in Geldsachen, Vertrauen entgegen und hat seine Amtsführung, besonders die Zahlungsanweisungen an ihn selbst, nicht mit der angebrachten Sorgfalt nachgeprüft.

Die Ausweisung des Kaplans Gilles.

× **Aachen**, 28. Dez.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung des Kaplans Gilles aus dem belgischen Hoheitsgebiet ist interessant, daß das berüchtigte „Grenzecho" anscheinend schon vor einigen Wochen über die gegen Kaplan Gilles durchzuführenden Maßnahmen unterrichtet war. Das „Grenzecho" brachte seinerzeit schon einmal die Aufforderung, Kaplan Gilles möge das Land verlassen, andernfalls er ausgewiesen würde. Schon vor einiger Zeit ist eine Anzeige gegen Kaplan Gilles bei der Sureté und bei dem Bischof von Lüttich eingegangen. Der Bischof soll sich jedoch wegen der priesterlichen Qualitäten des Geistlichen gegen eine Ausweisung des Kaplans ausgesprochen haben, die dann doch gegen seinen Willen erfolgt ist. Auf der Weihnachtsfeier des Jünglingsvereins in Eupen, die am zweiten Weihnachtsfeiertag abgehalten wurde und sich zugleich zu einer Abschiedsfeier des scheidenden Präses Gilles gestaltete, sagte Kaplan Gilles in seinen Abschiedsworten, es falle ihm schwer, Eupen zu verlassen, einmal weil er Eupen so liebgewonnen habe, aber auch weil es seine Heimat sei. Er habe gehandelt als ein ehrlicher katholischer Mann, niemals anders, und wenn man etwa von Politik reden wolle — nun jeder habe seine politische Ansicht, er habe auch die seinige. Gilles ist in Aachen eingetroffen und erstattete den Regierungsbehörden Bericht. Die belgische Regierung hatte die Ausweisung damit begründet, daß sich Kaplan Gilles als „Ausländer" und Geistlicher angeblich nicht der nötigen Zurückhaltung befleißigt habe (!). Kaplan Gilles wird zweifellos die Antwort auf diese Vorwürfe in seinem Bericht nicht schuldig bleiben, und man darf annehmen, daß sich die deutschen Behörden auf diplomatischem Wege des Falles annehmen.

Ein Mann mit besten Empfehlungen.

Oder: Das Ende einer Hochstaplerherrlichkeit. — Er war „verwandt mit dem ehemaligen Kaiser" und Erfinder eines Schlafpulvers.

× **Frankfurt**, 28. Dez.

Hochstapler sind keine seltenen Erscheinungen, treten hier und dort und überall auf, treiben ihr Unwesen, wo sie können. Die meisten aus Gewinnsucht, die wenigsten wohl aus einem inneren Zwang und Drang heraus, der Wirklichkeit zu entfliehen, um in einer Scheinwelt, in Illusionen ihre Seligkeit und Zufriedenheit zu suchen.

Ein solcher junger Mann, der sich auf dem Boden der Wirklichkeit nicht wohl fühlte und nur in der erträumten Scheinwelt seine Befriedigung fand, hatte sich wegen Hochstapelei vor der Frankfurter Strafkammer zu verantworten. Er gab sich als Student Johannes Meys und suchte sich als „Hochmeister des Piusordens" prominenten Persönlichkeiten zu nähern, bis er schließlich von einem Frankfurter Kaplan, zu dem er auch kam, um ihn zu prellen, entlarvt wurde.

Die Verhandlung erbrachte noch eine ganze Reihe von Einzelheiten, die alle nicht einer gewissen Komik entbehrten. Als eine Familie kostenlos einen englischen Studenten aufnehmen wollte, meldete er sich als Sohn des portugiesischen Innenministers. Dann gab er sich für einen Verwandten des ehemaligen Kaisers aus und behauptete, seine Mutter sei eine geborene Vogel von Falckenstein. In Holland trat er als führende Persönlichkeit des deutschen Fußballsports auf. Dann wieder war er „leitender Referent des Jungstahlhelms". Recht komisch wirkte die Mitteilung, daß er sich in Norddeutschland als Chemiker und Erfinder eines Schlafpulvers ausgegeben hat. Meys erklärte auf die Frage, warum er denn so sehr von der Titelsucht beherrscht worden sei, daß es ihm unmöglich war, irgendwo ohne Nennung seiner angemaßten Titel vorzukommen.

Das Gericht verurteilte Meys zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. Er hatte die Straftaten kurz nach Verbüßung einer viermonatigen Gefängnisstrafe begangen und das Gericht schloß daraus, daß diese Strafe wirkungslos an ihm vorübergegangen sei. Einem solchen Parasitenleben müsse energisch begegnet werden. Wenn er sich aber in der Strafhaft bessert, soll ihm ein Teil der Strafe im Wege der Bewährungsfrist erlassen werden.

Kraftwagen 20 m abgestürzt.

Ein Toter, zwei Verletzte.

:: **Alzey** (Rheinhessen), 27. Dezember.

Auf der Landstraße bei Alzey, unweit der Wartberger Brücke, kam Montag mittag ein großer Personenwagen, der sich auf der Fahrt von Kaiserslautern nach Frankfurt befand, infolge Glatteises auf der abschüssigen Straße ins Rutschen und stürzte an einer Eisenbahnüberführung den 20 m hohen Straßendamm hinab. Das völlig zertrümmerte Fahrzeug blieb auf den Gleisen liegen. Fußgänger befreiten die in den Trümmern des Wagens eingeklemmten drei Fahrgäste. Es handelt sich bei diesen um den 35jährigen Chemikalienvertreter Ludwig Mentzel aus Leipzig, der den Wagen selbst gesteuert hatte, seinen Kraftwagenführer und seine Begleiterin. Mentzel verstarb im Krankenhaus, die beiden anderen Verletzten kamen mit Knochenbrüchen davon.

★

Solingen, 28. Dez. **Selbstmordversuch von der Müngstener Brücke.** Am zweiten Weihnachtsfeiertage versuchte ein 19jähriges Mädchen aus Solingen-Wald in selbstmörderischer Absicht von der Müngstener Brücke zu springen. Zufällig in der Nähe weilende Eisenbahnbeamte bemerkten jedoch das Vorhaben des Mädchens, und es gelang ihnen, die Lebensmüde zurückzuhalten. Die Unglückliche wurde von der Polizei ins Elternhaus zurückgebracht.

Mülheim (Ruhr), 28. Dez. **Weihnachtsspende der Familie Thyssen.** Die Familie Thyssen, die schon vor kurzem 15 000 Meter Nessel für Bett- und Leibwäsche zur Ausgabe an hilfsbedürftige Familien in Mülheim gestiftet hatte, stellte einen weiteren größeren Betrag zur Verfügung, der es ermöglichte, insgesamt 39 000 Meter Nessel zur Verteilung zu bringen. Bisher konnten 2500 Familien der Stadt bei der Verteilung der Liebesgaben berücksichtigt werden.

Köln, 28. Dez. **Von der Universität.** In der Philosophischen Fakultät der Universität Köln habilitierte sich als Privatdozent für das Fach der mittleren und neueren Geschichte Dr. phil. Hans Rosenberg.

× **Frankfurt a. M.**, 28. Dez. **Brand in einem Eisenbahnausbesserungswerk.** In einer Halle des Eisenbahnausbesserungswerks brach nachts Feuer aus. Ein Personenwagen brannte vollkommen aus, ein zweiter wurde beschädigt. Die Flammen ergriffen dann auch das Dach der Halle, die Eindeckung und ein Teil der Eisenkonstruktion der Halle wurden beschädigt.

Aus Münster und dem Münsterland.

Schmugglerjagd vor dem Weihnachtsfest.

× **Stadtlohn**, 27. Dezember.

Kurz vor den Feiertagen sichtete die Motorradstreife der Zollaufsichtsstelle Stadtlohn eine aus Richtung der Grenze kommende Opel-Limusine, die beim Näherkommen der Beamten ihre Fahrgeschwindigkeit steigerte. Diese nahmen jetzt die Verfolgung des verdächtigen Wagens auf, konnten ihn aber erst kurz vor Lüdinghausen einholen und zum Halten bringen. Im Hinterraum des Wagens, aus dem die Sitze entfernt waren, lagen vier Schmuggelpakete mit 230 Pfund Rauchtabak. Der Führer wurde festgenommen und der Kraftwagen mit der Ware beschlagnahmt. Auch sonst herrschte vor den Feiertagen reger Schmuggelbetrieb und die nachgenannten Zollaufsichtsstellen erzielten folgende beachtliche Erfolge: Oeding: Ueber 10 Zentner Getreide und 2 Fahrräder; Vardingholt: 149 Pfund Tabak, 10 Pfund Kaffee und mehrere Täter; Rhede: 61 Pfund Tabak, 28 Pfund Kaffee, 11 Fahrrad und zwei Täter; Barlo: 40 Pfund Tabak, 1 Fahrrad und ein Täter; Bocholt: 151 Pfund Tabak, 151 Pfund Kaffee und acht Täter, von denen einer auf der Flucht von dem verfolgenden Schutzhund empfindlich gebissen wurde.

★

Δ **Münster**, 28. Dez. **Zwei neue Ehrendoktoren.** Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität beschloß, den Generalsuperintendenten der Kirchenprovinz Westfalen, Wilhelm Weirich, und den Präsidenten des Evangelischen Konsistorius in Münster, Gottfried Bartels, zu Ehrendoktoren zu ernennen. In den überreichten Urkunden wird bei beiden Herren auf ihre Verbundenheit mit der Evangelisch-Theologischen Fakultät hingewiesen.

‡ **Münster**, 28. Dez. **Kosten der letzten Reichstagswahl im Regierungsbezirk Münster.** Wie der Amtliche Pressedienst mitteilt, sind die dem Reich ganz zur Last fallenden Wahlkosten durch Runderlaß des Reichskommissars für das preußische Ministerium des Innern vom 9. Dezember nunmehr den Regierungshauptkassen zur Unterverteilung an die erstattungsberechtigten Gemeinden überwiesen worden. Die Zusammenstellung der von den erstattungsberechtigten Gemeinden belegten Unkostenbeiträge für die letzte Reichstagswahl ergibt ein interessantes Bild. Im Westen marschiert danach der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 124 227,39 Mk. (übrigens im ganzen Reich gleich hinter Berlin) an der Spitze, es folgt Köln mit 42 645,88 Mk., Wiesbaden mit 34 919,39 Mk., Münster i. W. mit 31 221,37 Mk., Aachen mit 13 354,27 Mark, Koblenz mit 10 203,53 Mk. und Trier mit 5 524,41 Mk. Zu dieser Notiz können wir hinzufügen, daß im Wahlkreis Westfalen-Süd der Wahlkreisleiter 6—7 000 Mk. Kosten verzeichnet, die ihm erwachsen sind. Die allgemeinen Wahlkosten unseres ganzen Wahlkreises werden pro Wahl auf 100 000 Mk. geschätzt, das macht bei fünf Wahlen in diesem Jahr rund eine halbe Million Mark aus.

‡ **Münster**, 28. Dez. **Die Bepflanzung des Hindenburgplatzes geht los.** In den letzten Tagen hat man mit dem Fällen der alten Ulmen und Linden begonnen, da der von den Stadtverordneten genehmigte Plan nun ausgeführt werden soll. Für die neuen Bäume — es handelt sich annähernd um 1000 Steinlinden — werden bereits die Gruben geworfen, mit gutem Boden aufgefüllt, damit die neuen Linden gute Wachstumsbedingungen finden. Im Laufe des Winters wird die Arbeit vollendet werden, so daß bereits im Frühjahr das neue Bild des Riesenplatzes erkennbar wird.

‡ **Münster**, 28. Dez. **Schwerer Autounfall.** Am Heiligen Abend gegen 9 Uhr ereignete sich auf der Landstraße nach Albachten ein Autounglück, das trotz seiner Schwere kein Menschenleben forderte. Ein nach Münster fahrender Lastwagen mit Anhänger wollte einen anderen Wagen überholen, kam jedoch infolge der Glätte der Straße ins Schleudern. Der Lastzug streifte einen Baum und fuhr dann in den Chausseegraben. Der Motorwagen fuhr den Graben wieder herauf und dann gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß sich der schwere Krupp-Motor fast ganz in das Innere des Wagens schob, während der vor dem Motor sich befindliche Stoßdämpfer mitten durchbrach. Das Getriebe des Motors wurde vollständig auseinandergerissen. Der Anhänger stellte sich auf den Kopf; das Dach wurde abgerissen.

‡ **Breden**, 28. Dez. **Die Schmuggelbekämpfung.** Kurz vor den Feiertagen sichtete die Motorradstreife der Zollaufsichtsstelle Stadtlohn eine aus Richtung der Grenze kommende Opel-Limousine, die beim Näherkommen der Beamten ihre Fahrgeschwindigkeit steigerte. Diese nahmen jetzt die Verfolgung des verdächtigen Wagens auf, konnten ihn aber erst kurz vor Lüdinghausen einholen und zum Halten bringen. Im Hinterraum des Wagens, aus dem die Sitze entfernt waren, lagen vier Schmuggelpacken mit 240 Pfund Rauchtabak. Der Führer wurde festgenommen und der Kraftwagen mit der Ware beschlagnahmt. Auch sonst herrschte vor den Feiertagen reger Schmuggelbetrieb und die nachgenannten Zollaufsichtsstellen erzielten folgende beachtliche Erfolge: Oeding: Ueber 10 Zentner Getreide und 2 Fahrräder. Vardingholt: 149 Pfund Tabak, 10 Pfund Kaffee und mehrere Täter. Rhede: 61 Pfund Tabak, 28 Pfund Kaffee, 1 Fahrrad und 2 Täter. Barlo: 40 Pfund Tabak, 1 Fahrrad und 1 Täter. Bocholt: 151 Pfund Tabak, 151 Pfund Kaffee und 8 Täter, von denen einer auf der Flucht von dem verfolgenden Schutzhund empfindlich gebissen wurde.

Klage um das achte Schuljahr.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist zu einer verfassungsrechtlich und kulturpolitisch sehr bedeutsamen Entscheidung angerufen worden. Die württembergische Regierung hat in einer Notverordnung bestimmt, daß die Einführung des achten Volksschuljahres in den Gemeinden, die es bisher noch nicht besitzen, „bis auf weiteres" — das heißt in praxi auf immer — verschoben werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion des Württembergischen Landtages hat nun Klage auf Nichtigkeitserklärung dieser Verordnung erhoben. Sie stützt sich dabei darauf, daß Artikel 145, Absatz 1 der Reichsverfassung, der das achte Schuljahr allgemein eingeführt hat, zwingendes Recht ist. Vom Reichspräsidenten seien die Länderregierungen nur da zu Abweichungen vom Landesrecht ermächtigt, wo es zum Ausgleich des Haushaltes von Staat und Gemeinden erforderlich sei. Da aber in der Mehrzahl der Gemeinden die Durchführung des achten Schuljahres keine Mehrausgaben verursacht, so bezeichnet die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Verordnung des württembergischen Staates in der Klage als eine Ueberschreitung der ihm eingeräumten Befugnisse.

Kirchliches.

Die Neujahrsempfänge beim Papst.

× **Rom**, 27. Dez. Am Dienstag haben im Vatikan die Empfänge des beim Heiligen Stuhl akkreditierten diplomatischen Korps begonnen, die der Darbringung der Weihnachts- und Neujahrsglückwünsche an den Papst dienen. Diese Gratulationsempfänge, die sich in einzelnen Privataudienzen vollziehen, dauern mehrere Tage an. Am Dienstag wurden u. a. der deutsche Botschafter von Bergen und der bayrische Gesandte Freiherr von Ritter empfangen.

Monsieur Donikowski fabriziert Gold

Der Prozeß Dunikowski, der am Freitag vor einer der Pariser Strafkammern begonnen hat, führt uns wieder einmal in das Märchenreich der Alchemie oder besser noch in jene Gebiete der fast unbegrenzten Möglichkeiten, an naiven und gutgläubigen Leuten ziemlich viel Geld zu verdienen. Für die nicht unbeträchtliche Summe von 120 000 Francs lieferte der polnische Chemiker und Ingenieur an die Gesellschaft „Finindus" (Finanz und Industrie) einen versiegelten Briefumschlag mit jener chemischen Formel, deren Kenntnis es jedem technisch Vorgebildeten ermöglichen sollte, auch ohne Mitwirkung Dunikowskis — Gold zu erzeugen.

Wie immer es nun mit den alchimistischen oder auch den betrügerischen Fähigkeiten Dunikowskis bestellt sein mag: in jedem Fall hat er mehr noch als ein beliebter Pariser Filmstar die Gabe, volle Häuser zu machen. Vor der Tür der 11. Strafkammer herrscht ein Gedränge, wie sonst nicht vor Beginn einer Chevalier-Premiere. Verhandlungsleiter ist der Gerichtspräsident Jais, der unter allen prominenten Pariser Strafgerichtspräsidenten wegen seiner besonderen Liebenswürdigkeit und seiner guten Laune bekannt ist. Eine sehr merkwürdige und für unsere Begriffe peinliche Einzelheit, die vier kleinen Kinder des Angeklagten dürfen an diesem Schauspiel teilnehmen, welches für sie doch in jedem Falle die unangenehmsten und bleibendsten Erinnerungen liefern wird.

Die Geschädigten dieses französischen Exemplars von einem Goldmacher Tausend sind auch hier nur teilweise zur Stelle. Eine Madame van Heutz, die Witwe eines reichen Holländers, der die Kunst, auf billige Weise und alchimistisch noch reicher zu werden, bisher immerhin fast eine Million Francs gekostet hat. Ferner fühlen sich auch Vertreter der Gesellschaft „Finindus" geschädigt. Aber hohe und höchste Persönlichkeiten, wie der ehemalige Großfürst Dimitri von Rußland oder der polnische Gesandte in Belgien, Graf Sobanski, scheuen den Fluch der Lächerlichkeit und scheinen an der strafrechtlichen Verfolgung des Betrügers uninteressiert.

Die Verhandlungen bis Weihnachten haben noch nichts Positives ergeben — außer dem Gelächter der gerichtlichen Sachverständigen über Dunikowskis geheimnisvolle ABC-Strahlen.

Rund um den Sport.

Meister sein verpflichtet. — Baron Nishi bedankt sich. — Ist Bobby Jones immer noch Amateur? Sportsmann als Wohltäter.

Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen hat nachfolgenden, bemerkenswerten Beschluß gefaßt:

„Wer sich nach der Erringung olympischer Ehren oder ähnlicher Auszeichnungen, z. B. des Meistertitels, durch sein Verhalten dieser Ehre nicht würdig erweist, soll nicht mehr von seinem Verbande zu ähnlichen Kämpfen zugelassen werden. Diese Strafe soll der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden."

Den dem DRA. angeschlossenen Verbänden ist diese Entschließung zur Stellungnahme zugeleitet worden. Es besteht natürlich kein Zweifel, daß die Verbände sich zustimmend äußern werden.

*

Der japanische Olympiasieger Oberleutnant Baron Nishi hat sich für das ihm vom Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts verliehene Reiterabzeichen mit nachstehendem Schreiben bedankt:

„Durch Vermittlung unseres Kriegsministeriums und der Fédération équestere imperiale du Japon erhielt ich zu meiner großen Freude und Ueberraschung das Goldene Reiterabzeichen mit dem ehrenden Diplom Ihres Verbandes. Daß Sie meine unverdienten Erfolge so hoch bewerten, ist für mich eine besondere Ehre und wird mir ein Ansporn sein, auch weiter bemüht zu bleiben, reiterlichen Geist und reiterliches Können in unserem Lande selbst zu pflegen und wo ich kann, zu fördern."

*

Wenn der amerikanische „Golfkönig" Bobby Jones im nächsten Jahr nach England geht, um an der englischen offenen Golfmeisterschaft teilzunehmen, wie er laut amerikanischen Blättermeldungen beabsichtigt, wird er dann als Amateur oder Professional spielen? Dies ist die Frage, die englische Fachleute jetzt lebhaft erörtern, wobei sie das alte, alte Problem, wie ein Amateur beschaffen sein muß, wieder aufrollen.

Der Streit entstand dadurch, daß englische Sportschriftsteller, die die englische Niederlage in dem Walker-Pokal-Wettbewerb zu erklären versuchten, behaupteten, daß mindestens die Hälfte der amerikanischen Mannschaft aus „businessmen golfers" bestanden hätte, d. h. aus solchen, die ihre Stellungen nicht wegen ihrer beruflichen Fähigkeiten, sondern weil ihr Golfruhm eine Reklame für ihre Firma bedeute, erhalten hätten. Bobby Jones ist immerhin noch Mitglied des „Royal and Ancient Club in St. Andrews", und da er nach englischer Auffassung noch nicht für einen Barpreis gespielt hat, muß er in England immer noch als Amateur gelten.

Jones anspruchsloser Charakter läßt es aber fast als sicher erscheinen, daß er bei der englischen offenen Meisterschaft als Professional spielen wird. In jedem Fall, wenn er gewinnen sollte, wird es von ihm allein abhängen, ob er den Barpreis von 100 Pfund Sterling annimmt oder nicht.

★

Der englische Berufs-Fußballsport ist bekanntlich von jeher dazu bereit, sich in den Dienst der allgemeinen Wohltätigkeit zu stellen. Immer wieder springen die führenden und populären Mannschaften ein, wenn es gilt, für irgendeinen wohltätigen Zweck Gelder aufzubringen, und tragen auch ihr Teil dazu bei, die Not zu lindern.

In diesem Zusammenhang interessiert eine kleine Geschichte, die sich dieser Tage in London ereignete, und die typisch für die Art und Weise bekannter Berufsspieler ist, sich als nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu erweisen, denen es nicht ausschließlich darauf ankommt, Geld durch ihre sportliche Tätigkeit für sich selbst zu verdienen, die vielmehr auch ein verständnisvolles Herz für die Notlage ihrer Mitmenschen besitzen.

Englands internationaler Kapitän im letzten Länderspiel gegen Oesterreich in London, Billy Walker, der populäre Spieler von Aston Villa, hatte eine wirklich ausgezeichnete Idee. Vor dem Stattfinden des großen Spieles ließ er einen Fußball mit den Autogrammen aller 22 an diesem denkwürdigen Spiel beteiligten Spieler beider Mannschaften bekanntgeben. Diesen historischen Ball verstand Walker dann für 50 Pfund Sterling einem Fußballmäzen anzudrehen, worauf er den gesamten Erlös an den Winter-Hilffonds seines Distriktes abführte.

Spielt Kobierski?

In der Mannschaftskritik zu dem Spiel Deutschland gegen Holland, in dem Kobierski als Linksaußen mitwirkte, hatten wir bereits zum Ausdruck gebracht, daß Rothardt von Schalke 04 auf diesem Posten besser wäre; Rothardt kann bekanntlich nicht nur laufen und überspielen, sondern auch richtig flanken und selbst Tore treten, während Kobierski keine einzige brauchbare Flanke hereinbrachte. Nun hat Kobierski in dem Spiel Fortuna gegen Schalke 04 wieder versagt. Das veranlaßt rheinische Blätter zu schreiben:

Herr Knehe, Mitglied des Spiel-Ausschusses, war in Düsseldorf und sah das Spiel Fortuna — Schalke 04. Er mußte sehen, was alle sahen: eine miserable Form des Linksaußen Kobierski. Er mußte ferner sehen, daß Albrecht sehr gut spielte, jedenfalls viel besser als Kobierski. Demgemäß wäre es logisch gewesen, in die deutsche Nationalmannschaft Albrecht einzusetzen und Kobierski, der schon gegen Holland nicht gut war, fallen zu lassen.

Das geschah jedoch nicht. Die deutsche Elf gegen Italien zeigt als Linksaußen Kobierski, als Rechtsaußen Bergmaier. Es war also umgekehrt der tatsächlichen Form, der schwache Kobierski wurde aufgestellt, der gute Albrecht nicht. Wo ist hier die Konsequenz?

Knehe hätte in diesem Falle seine Autorität durchsetzen müssen. Er hat Kobierski in mäßiger Verfassung gesehen, mußte also veranlassen, daß der Posten anders besetzt wird. Sollte nun angenommen werden, daß Kobierski sich für das Länderspiel „geschont" habe? Das wäre umso weniger zu verstehen, als das Spiel Fortuna — Schalke sehr fair war und daß Kobierski auch dann versagte, wenn er nicht im Nahkampf stand. Man sah bei ihm einen ungewohnten Mangel an Schnelligkeit und ein schlechtes Ballgefühl, eben das, was die Merkmale einer schlechten Disposition sind.

Es kann sein, das Kobierski am nächsten Sonntag der beste Spieler auf dem Platz ist. Es kann sein, daß er Wundertaten vollbringt. Aber auf diese vage Möglichkeit kann sich der Bund nicht verlassen. Wenn nämlich Kobierki der Form entsprechend in Bologna mäßig spielt, dann haben es alle gewußt, nur der Bund nicht, die Verantwortung liegt beim Bund und er müßte es dann verantworten. Welch eine peinliche Situation dann, wenn die alte Kritik wieder einsetzte und in noch verschärftem Maße die Gemüter aufregte!

Es ist ein Fehler, dem nicht aus dem Wege zu gehen. Es ist ein Fehler, das nicht einzukalkulieren. Die Blamage schadet dem Ansehen des deutschen Fußballs. Und dem des Bundes auch.

Wir hoffen gern, daß sie erspart bleibt. Ganz aussichtslos ist der Gang nach Bologna nicht einmal. Aber es fehlt das Vertrauen zu den Maßnahmen des Bundes und diese Vertrauenskrise ist eine Folge der Handlungen dieser Organisation, eine Folge schlechter Psychologie.

Nachspiel zur Radweltmeisterschaft.

Die letzte Radweltmeisterschaft der Amateure in Rom, die bekanntlich der Kölner Richter vor Mozzo-Italien, Frach-Breslau und Dusika-Oesterreich gewann, hat noch ein Nachspiel gehabt. Der österreichische Radsportverband hat mit seiner Reklamation, daß Frach als ehemaliger Berufsfahrer nicht startberechtigt gewesen sei, Erfolg gehabt. Die Union Cycliste Internationale hat Frach zu Gunsten von Dusika disqualifiziert.

Nachdem schon bei den Weltmeisterschaften 1931 in Kopenhagen gegen die Teilnahme von Frach protestiert worden war, weil er früher Berufsfahrerrennen, darunter auch Sechstagerennen bestritten hatte, wurde auf dem Februar-Kongreß 1932 in Paris mit Stimmeneinheit eine Satzungsänderung betr. Amateurlizenzen beschlossen, wonach ehemalige Berufsfahrer in Zukunft von den Weltmeisterschaften der Amateure ausgeschlossen sein sollten. Obwohl der Fall Frach zu dieser Aenderung erst den Anstoß gegeben hatte, wurde die Meldung des Schlesiers angenommen. Frach startete und wurde dritter. Aus diesem Grunde muß die Disqualifikation, die erst vier Monate später erfolgte, eigentlich verwundern, obwohl sie nach dem Buchstaben durchaus berechtigt ist. Die UCI. als aufsichtführende Behörde mußte auf alle Fälle schon damals die Meldung Frachs zurückweisen und dies ist auch der Grund, daß der Bund Deutscher Radfahrer gegen die verspätete Entscheidung protestieren will.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

× **Berlin,** 28. Dezember.

Während man an der Vorbörse noch überwiegend festere Kurse nannte, zeigten die ersten Notierungen kein einheitliches Bild und die Rückgänge waren sogar in der Mehrzahl. Dessen ungeachtet war die Grundstimmung weiter durchaus freundlich, vor allem wohl

in Erwartung der Auswirkungen des Gereke-Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

Sonst lagen kaum Anregungen vor, die einen Einfluß hätten ausüben können,

zumal New-York eher in schwächerer Haltung geschlossen hatte. Das Hauptinteresse konzentrierte sich aber nach wie vor auf die festverzinslichen Märkte. Am Montanmarkt büßten Gelsenkirchen ¾% ein, Harpener waren sogar 2% schwächer und Rhein. Braunkohlen gingen um 4½% zurück. Demgegenüber konnten sich Ilse und Niederlausitzer Kohle erholen. In Farben kam anfangs wieder stärker Material heraus, das aber schlank aufgenommen wurde. Mit Ausnahme von Akkumulatoren, die in Reakiton auf ihre gestrige Steigerung 2½% verloren, und Felten, Schuckert und Rheag lagen alle anderen Elektrowerte auf Publikumskäufe lebhafter und bis 1½% höher.

Im Verlaufe war die Kursgestaltung zunächst weiter uneinheitlich, doch konnten sich später überwiegend Gewinne bis zu ½% durchsetzen. Recht fest lagen Dollarbonds unter Führung von Rentenbank. Gegen 12,45 Uhr wurde es an den Aktienmärkten allgemein etwas schwächer, die im Verlaufe erzielten Besserungen gingen meist wieder verloren, und es ergaben sich darüber hinaus Rückgänge bis ½%.

Am Berliner Geldmarkt war Tagesgeld kurz vor dem Ultimo natürlich weiter steifer und zog bis auf 4⅝ bezw. 4½% an der unteren Grenze an. Privatdiskonten blieben weiter im Angebot, Reichswechsel per 25. März und Reichsschatzanweisungen per 15. Mai lagen aber so gut wie umsatzlos.

Anhaltende Besserung bei den Sparkassen im November.

Die Einlagenstatistik der deutschen Sparkassen zeigt, daß die Einzahlungen auf den Sparkonten, wie im Vormonat, auch im November größer als die Rückzahlungen waren. Der Einzahlungsüberschuß beträgt 9,8 Mill. RM. Da an Zins- und Aufwertungsgutschriften 13,4 Mill. RM. den Spareinlagen zugewachsen sind, erhöhte sich der Bestand der Spareinlagen auf 9782,8 Mill. RM. Die Einzahlungen (349,3 gegen 399,5 Mill. RM. und die Rückzahlungen (339,5 gegen 384,2 Mill. RM.) haben sich gegenüber dem Vormonat den jahreszeitlichen Schwankungen entsprechend vermindert, doch war die Minderung bei den Einzahlungen etwas größer, bei den Auszahlungen etwas weniger stark, als man saisonmäßig erwarten konnte. Die Aufwärtsbewegung hat selbstverständlich das Tempo normaler Zeiten noch nicht wieder erreicht. Die günstige Einlagenbewegung der Sparkassen dehnt sich aber regional immer mehr aus. Von 34 Regierungsbezirken in Preußen weisen z. B. bereits 26 einen Einzahlungsüberschuß aus. Auch bei den außerpreußischen Ländern hat sich die Besserung verbreitet. So ist z. B. in Württemberg, wo im Oktober die Spareinlagen noch zurückgingen, nunmehr ein Einzahlungsüberschuß festzustellen.

Die Giroeinnahmen der deutschen Sparkassen (einschließlich sächsisches Gironetz) erhöhten sich im Berichtsmonat um 14,1 Mill. RM. auf 1426,3 Mill. RM. Auch hier ist die normale Entwicklung noch nicht wieder voll erreicht worden, da saisonmäßig eine größere Steigerung der Giroeinlagen zu erwarten gewesen wäre.

Benzinpreisermäßigung durch Zoll- und Steuerumbau beantragt.

Berlin, 28. Dez. Um die deutschen Treibstoffverbrauch preislich entlasten zu können, wurde, wie verlautet, von den deutschen Treibstoffproduzenten bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung beantragt, den Treibstoffzoll um zirka 3 Pfg. je Liter zu ermäßigen unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig die Ausgleichssteuer in derselben Höhe, also ebenfalls zirka 3 Pfg. je Liter, wechselt. Damit wäre die Voraussetzung dafür geschaffen, daß ohne Beeinträchtigung der deutschen Treibstoffproduktion der deutsche Treibstoffpreis um zirka 3 Pfg. je Liter gesenkt werden kann.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 28. Dez. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 48,— RM. für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 160, Aluminium i. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 37—39, Silber in Barren 900 t 34,25—37,75.

Schweinemarkt Altenessen.

◇ **Altenessen,** 28. Dez. Auftrieb: 500 Ferkel, 187 Läufer. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 6—10, 8—12 Wochen alt 10—15; Läufer: 3—4 Monate alt 15 bis 20, 4—6 Monate alt 20—30. Größere entsprechend höher. Marktverlauf: langsam.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

◎ **Osnabrück,** 28. Dez. Auftrieb: 67 Pferde, 166 Rinder, 438 Ferkel. Es kosteten: Pferde: a) 400—450, b) 340—400, c) 250—340, d) 140—200; Kühe in Milch und tragende Kühe: a) 310—350, b) 260—310, c) 220—260, d) 180—200; tragende Rinder: a) 280—280, b) 200—230, c) 170—200, d) 140—170; Ferkel: 6—8 Wochen alt 6—9, 8—13 Wochen alt 9—13; Läufer: 13—16. Marktverlauf: Pferde und Rinder langsam; Ferkel gut. Nächster Markt am 4. Januar 1933.

Hamburger Viehmarkt.

× **Hamburg,** 28. Dez. Auftrieb: 3930 Schweine, 1080 Kälber. Es kosteten: Schweine: a) 38, b) 37, c) 35—36, d) 32—34, e) 25—30, f) 26—32; Kälber: a) —, b) 37 bis 41, c) 30—34, d) 23—27, e) 15—20. Marktverlauf: Schweine schlecht; Kälber schlecht, Spitzentiere über Notiz.

Berliner Schlachtviehmarkt.

× **Berlin,** 28. Dez. Auftrieb: 1523 Rinder, darunter 239 Ochsen, 521 Bullen, 763 Kühe und Färsen, 2357 Kälber, 3591 Schafe, 5782 Schweine. Es kosteten: Ochsen: a) —, b) —, c) 28—30, d) —, e) 24—27, f) 20—23; Bullen: a) 27, b) 24—26, c) 21—23, d) 18—20; Kühe: a) 21—23, b) 18—20, c) 15—17, d) 10—14; Färsen: a) 28—30, b) 24—26, c) 18—23; Fresser: 15—21; Kälber: a) —, b) 37—45, c) 25—35, d) 17—24; Schafe: a) —, b) 30, c) 28—29, d) 19—21, e) 25—27, f) 14—24; Schweine: a) —, b) 38—39, c) 36—38, d) 34—36, e) 32—33, f) —, g) 33 bis 35. Marktverlauf: Rinder, Schafe, Schweine ruhig, Kälber langsam; Rinder in guter Ware Ueberstand.

Paderborner Getreidebörse.

× **Paderborn,** 27. Dez. Weizen, gesund, trocken, Durchschnittsqualität 18,50—19,50, Roggen, gesund, trocken, Durchschnittsqualität 15—15,30, Gerste, gesund, trocken, Durchschnittsqualität 17—17,40, Hafer, je nach Qualität 13,50—13,80 RM. Tendenz: ruhig. Die Preise verstehen sich pro 100 kg waggonfrei ab Paderborn.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 28. Dezember 1932.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg)

	27. 12.	28. 12.
Weizen märk. neue Ernte	186—188	186—188
Dezember	200—200	199—199
März	204½—½	204—203½
Mai	207—207	206½—06½
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggen märk. neue Ernte	153—155	153—155
Dezember	165—64½	164¾—64½
März	166½—½	166½—166
Mai	169—169	169¾—68¾
Tendenz:	ruhig	ruhig
Gerste Braugerste	166—175	165—175
Futtergerste	158—165	158—164
Wintergerste	—	—
Tendenz:	ruhig	matter
Hafer märk Dezember	114—119	114—119
März	122	—
Mai	—	—
	—	126—125½
Tendenz:	ruhig	ruhig
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz:		

	27. 12.	28. 12.
Weizenmehl	23¼—26¼	23¼—26¼
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggenmehl	19¾—21½	19.35.21.5
Tendenz:	stetig	stetig
Weizenkleie	8.8—9.2	8.8—9.2
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggenkleie	8.7—9	8.7—9
Tendenz:	ruhig	ruhig
Raps	—	—
Tendenz:		
Leinsaat	—	—
Tendenz:		
Viktoriaerbs.	21—26	21—26
kl. Speiseerbs.	20—22	20—22
Futtererbsen	13—15	13—15
Peluschken	13—14.5	13—14.5
Ackerbohnen	13½—15½	13½—15½
Wicken	14—16	14—16
Lupinen blau	8—10	8—10
gelbe	11¾—13	11¾—13
Seradella alt	—	—
neu	18—24	18—24
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	10	10
Trockenschn.	8.80	8.90
Soyabohnen ab Hamb.	9.6	9.6
Soyabohnen ab Stettin	10.11	10.1
Kartoffelflock.	13.4	13.4

Weizenausfuhrscheine	per Jan 131¼ bez.
Weizenausfuhrscheine	per Feb. 132¼ Geld
Weizenausfuhrscheine	per März 133¼ Geld
Roggenausfuhrscheine	—
Roggenausfuhrscheine	per Jan. 106½ Geld
Gerstebezugsscheine	—
Maisbezugsscheine	sofort 91 Wert
Maisbezugsscheine	per Jan. 83 Wert

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	28. 12. Brief	Geld	bezahlt	27. 12. Brief	Geld	bezahlt
loko	6.97			7.00		
Dezember	—	—	—	—	—	—
Januar 32	6.70	6.63	6.65	6.72	6.67	—
März	6.86	6.84	6.85	6.85	6.84	6.85
Mai	6.98	6.97	6.98	6.99	6.97	6.98
Juli	7.12	7.11	7.12	7.11	7.10	—
Oktober	7.30	7.27	—	7.28	7.27	7.28

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	28. 12.	23. 12.		28. 12.	23. 12.
loko	5.10	5.03	August 33	4.96	4.94
Dezember	4.85	4.84	September 33	4.97	4.95
Januar 33	4.87	4.86	Oktober 33	4.98	4.96
Februar 33	4.88	4.87	November 33	4.99	4.97
März 33	4.90	4.89	Dezember 33	5.01	4.99
April 33	4.91	4.90	Januar 34	5.03	5.00
Mai 33	4.93	4.91	März 34	5.05	5.03
Juni 33	4.94	4.92	Mai 34	5.08	5.06
Juli 33	4.95	4.93	Juli 34	5.10	5.08

	28. 12.	23. 12.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: ruhig beh.

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	28. 12.	23. 12.
Loco Surtee F. G.	5.03	4.99
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.72	4.68
„ M. G. Punjab/American F. G.	4.55	4.51
„ Centr. Provinces Oomra Nr. 1	4.96	4.92
„ Bengal F. G.	4.13	4.09
„ Bengal Superfine	4.33	4.29
„ Sind F. G.	4.13	4.09
„ Sind Superfine	4.33	4.29

New Orleans: Baumwolle

	28. 12.	27. 12.		28. 12.	27. 12.
loco	5.86	5.82	Mai 33	6.08—09	5.99
Dezember	6.50	6.40	Juli	6.20	6.08—09
Januar	5.81	5.73	Oktober	6.40	6.27
März	5.95—97	5.87	Tendenz stetig		

New York: Baumwolle

	28. 12.	27. 12.		28. 12.	27. 12.
loco	6.00	5.95	Juni	6.14	6.06
Dezember	6.52	6.45—46	Juli	6.21	6.15—16
Januar	5.82	5.77	August	6.27	6.21
Februar	5.88	5.83	September	6.33	6.27
März	5.95—96	5.89	Oktober	6.40—41	6.33—34
April	6.01	5.95	November	6.46	6.39
Mai	6.08—09	6.02	Tendenz: stetig		

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	2000
Baumwollzufuhr in Golf Häfen	65000
Zufuhren in Pacific Häfen	1000
Export nach England	—
Export nach Frankreich	—
Export nach dem übrigen Kontinent	25000
Export nach Japan und China	8000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—
Export n. Kanada u. Mexiko	—

Guter Stand der Reichsmark.

Die Angst vor Währungsexperimenten hat sich gelegt.

Man hat sich allmählich überzeugt, daß die jetzige Reichsbankleitung nichts tun wird, was die Währung gefährden könnte. Es war außerdem eine der ersten Aeußerungen bei jedem Regierungswechsel in Deutschland, daß die Währung geschützt werden soll. Aber das erklärt nicht den Stand über Pari. Eine Erklärung dafür ist schon eher die Politik konsequenter Markverknappung, die im Laufe dieses Jahres betrieben wurde. Zunächst ist durch die Enthortung das Risiko des Hamstergeldes beseitigt. Der Zahlungsmittelumlauf ist erheblich zurückgegangen. Er liegt zurzeit mit 5365 um 923 Mill. RM. unter dem Stand vor zwei Jahren. Unter Berücksichtigung des Umsatzrückganges seit Ende 1930 dürfte der Geldumlauf jetzt etwa normal sein. Diese Rückbildung ist die beste Garantie für die stabile Währung. Sie hat die Währung besser gesichert als die Devisenzwangswirtschaft. Dazu kommt, daß die Markbeträge im Ausland knapp geworden sind durch die scharfe Ueberwachung der Markausfuhr, die an einzelnen Auslandplätzen vorübergehend zu einem Markmangel führte. Aber auch damit ist der jetzige Ueberparistand der Mark nicht restlos zu erklären, da der Rückgang des Geldumlaufs und die Verknappung der Mark im Ausland noch nicht Angebot und Nachfrage nach Devisen zugunsten der Mark zu verändern braucht. Die hohen Markkurse im Ausland sind aber der Beweis dafür, daß zurzeit die Mark im Ausland im Tausch gegen andere Valuten gesucht ist.

Der Hauptgrund für den hohen Markkurs

dürfte die Rückkehr von Fluchtkapital sein. Wie im Inland auf Bar- und Liquiditätsrücklagen zurückgegriffen wird, so wird auch ein Teil der im Ausland untergebrachten Geldreserven jetzt flüssig gemacht. Unterstützt von der politischen Beruhigung und der Aussicht auf wirtschaftliche Besserung, kehrt Fluchtkapital zurück. Der Mangel an Betriebsmitteln und die Abneigung, Kredit aufzunehmen, wirken zusammen mit der Zinslosigkeit im Ausland und der guten Anlagemöglichkeit in Deutschland. Die Wirkungen dieser Bewegung sind deutlich in den Ländern festzustellen, die dem Fluchtkapital ein Asyl bieten. Am besten in der Schweiz. Der schweizerische Franken ist seit Wochen international schwach. Die gleiche Bewegung, wenn auch nicht so stark, ist in Holland und Frankreich zu beobachten, in Frankreich durch die Auseinandersetzung wegen der politischen Schulden ausgelöst. Es ist nicht mehr als ein Anfang. Ob sich die Rückkehr von Fluchtkapital fortsetzt und verstärkt, hängt von der politischen Entwicklung ab. Was an Fluchtkapital nach Deutschland heimgekehrt ist, ist wohl nur ein Bruchteil dessen, was noch im Ausland die Klärung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abwartet. Das Fluchtkapital könnte, wenn es den Weg über die Grenzen zurückfindet, einen erheblichen Zuschuß zu unsrer Zahlungsbilanz liefern und mehr Arbeit schaffen als der beste Arbeitsbeschaffungsplan. Dem Heimweh des Fluchtkapitals sollte man daher goldene Brücken bauen.

In Bocholts bester Lage, am Kaiser-Franz-Joseph-Platz.

2 große Gebäude

Gesamtfläche sämtlicher Etagen und Keller ca 1350 qm, als Wohnungen, Läden, Büros, Ausstellungsräume, Läger und Werkstätten sehr geeignet, auch evtl. im ganzen bei

sofort zu vermieten.

Anfragen und nähere Auskunft

Jos. Honsel, Stenern b. Bocholt. Tel. 2427.

Landhaus-Villa

1908 erbaut, schöne Lage, sehr schön eingerichtet, Küche und 8 Zimmer, wegen anderw. Unternehmens sofort od. später zu vermieten oder zu verkaufen. Nebenhaus, Garage, Waschküche, Stallung, Garten, Acker und Wiese nach Wunsch. Auch an 2 Familien abzugeben.

H. Viebrock, Telgte bei Münster.

Sattelschlepper

5 Ton. Tragfähigk., Ladefläche 6.50×2.20 m, abklappbare Bordwände, mit Plan u. Spriegel (Hamburger Art). Zugmaschine wie Anhänger befinden sich in erstklassigem Zustand u. soll billigst verkauft werden. Anfragen an

Gebr. Oethaus, Wüllen, Kr. Ahaus i. W.

Auto-Fahrten

mit 3/4-t-Schnellieferwagen werden jederzeit zuverlässig und preiswert ausgeführt.

Münster i. W.

Telephon 21464/26654

Overhages

Fieberthermometer

Jenaer Normalglas, amtlich geprüft, garantiert genau

95 Pfg.

Overhage

Münster i. W.

Frinzipalmarkt 3

Kleinwagen

3—6 St.-PS., gegen Kasse zu kaut. gesucht. Off. u. D 202 an d. Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Offene Beine

Krampfadern, Flechten, Lupus heilt erfolgreich nach 35jähr. Verfahren. Kostenlose Auskunft erteilt

Dr. Custodis, Bielefeld.

RM. 25000

im ganzen oder auch geteilt

zu vergeben.

Off. u. A 203 an d. Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Badesalz und Mutterlauge

zur Bereitung von Bädern im Hause liefert

Saline Königsborn in Unna-Königsborn.

Jetzt am billigsten

das gute Edelweißrad und die Edelweiß-Nähmaschine. Katalog gratis und franko von

Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 2

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Suche zum 15. 1. ein in Küche u. Haushalt erfahrenes

Mädchen

von 18—22 Jahren, welches auch l. Geschick mit kätlg sein kann. Nur schriftl. Offerten m. Ang. d. Gehaltsanspr. u. bisher. Tätigkeit unt. A 300 an d. Ans.-Verw. der Zeno, Münster.

Zum 15. 1. 33 wird ein gesundes, ehrliches

Mädchen

am liebsten vom Lande, für Haus und Garten gesucht. Off. mit Lohnansprüchen unt. E K 500 an die Dülmener Ztg., Dülmen.

Vertreter

in allen Städten von 1. Zweckspar kasse ges. Off. u. A 198 a. d. Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Gesucht wird z. 1. Febr. 1933 ein

Mädchen

für Haus- und landwirtschaftliche Arbeiten Selb. muß auch melken können

Angebote unt. F Z 64 an die Ahlener Volkszeitung in Ahlen erbet.

Tücht.

Vertreter

für Stadt- und Landkundsch., gegen gute Prov. gesucht. Off. u. Nr. 6834 a. Ann.-Exp. M. Lückerts, Münster.

Suche baldigst ledig.

Vollhandmelker

für 15—20 Milchkühe, nicht unter 25 Jahren. Zeugn.-Abschr. u. Geh.-Anspr. unt. 8720 an d. Bocholter Volksblatt in Bocholt erbeten.

Versandgeschäft

richte allerorts ein

R. E. Berthold, Halle/S.